

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

24 (29.1.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 55 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinsertate billiger. Schluß d. Inseratannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate an Nachmittags zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Klarheit u. Wahrheit.

Die nächste Folge der Veröffentlichung des Kopp'schen Briefes in des Grafen Oppersdorff „Klarheit und Wahrheit“ ist die, daß die hochwürdigsten Herren Bischöfe vor den Augen der profanen Welt untereinander ein Gerause beginnen. Der Fürstbischof von Breslau hat in seinem Schreiben bekanntlich erzählt, daß der Bischof Dr. Schulte von Baderborn jene Erläuterungen der päpstlichen Enzyklika aufgesetzt habe, denen er, der Kardinal, seine Zustimmung erteilte. Zwischen den Zeilen konnte man so etwas wie einen Vorwurf lesen, als ob der Hochwürdigste von Baderborn die Eminenz von Breslau ein wenig eingeeifert und zu einem bedenklichen Schritt veranlaßt habe, und es ist deshalb nur verständlich, wenn sich Dr. Schulte beiläufig, eine ihn entlastende Darstellung des Sachverhalts bekannt zu geben. Er tritt zwar nicht persönlich hervor, aber das in Baderborn erscheinende „Westfälische Volksblatt“, das die neue Lesart bringt, berichtet, daß es keine Informationen aus zuverlässiger Quelle habe, und diese Quelle muß nach Lage der Sache in der unmittelbaren Nachbarschaft des Baderborner Bischofspalastes fliehen.

Da wird denn zunächst die Auffassung des Kardinals als irrig bezeichnet, nach der sich die christlichen Gewerkschaften in ihrer Not an den Bischof gewandt hätten. Umgekehrt sei es gewesen. Der Bischof sei an den Gewerkschaftsführer Stegerwald herangetreten. Im Laufe der Verhandlungen mit diesem habe sich ergeben, daß die Christen sehr viel Wert darauf legten, einen Brief des Kardinals Kopp an den bekannten Zentrumsführer Dr. Berich auf dem Essener Kongreß verlesen zu dürfen. Dr. Schulte übernahm es, diesbezüglich bei Kopp anzutragen und bei der Gelegenheit hat er dem Kardinal auch Mitteilung über eine von ihm den christlichen Gewerkschaften gegebene Interpretation von fünf Punkten der Enzyklika gemacht.

Er will aber diese Erläuterungen nur zur Kenntnisnahme eingekandt haben und nicht, wie Kopp in seinem Briefe behauptet, zur Prüfung und Zustimmung durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz. Der Gedanke, diese Interpretation als die Auffassung des Episcopates über die fünf Punkte in Essen erklären zu lassen, stammt nach dem „Westfälischen Volksblatt“ von der Breslauer Eminenz, die in einem Briefe vom 22. November 1912 nahelegte, die Führer der Gewerkschaften möchten sich darauf berufen, daß sie sich mit dieser Erläuterung in Uebereinstimmung mit den Bischöfen wüßten. Kopp hat am 24. November ein gedrucktes Zirkular mit der von ihm mitredigierten Interpretation an die übrigen Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz versandt, und in diesem Zirkular wird der Person des Bischofs von Baderborn überhaupt keine Erwähnung getan. So war die Interpretation, die ursprünglich nur die persönliche Auffassung des Bischofs Dr. Schulte darstellte, diejenige der durch Kardinal Kopp als Vorsitzenden amtlich vertretenen Fuldaer Bischofskonferenz geworden.

Nach der Essener Konferenz hat dann allerdings Kopp an Schulte geschrieben, daß er die Auslegung nicht weiter vertreten wolle; eine ausdrückliche Zurücknahme ist aber nicht erfolgt, auch nicht auf der nächsten Fuldaer Zusammenkunft, wo die gegebene Gelegenheit dazu gewesen wäre.

Diese Darlegung bestätigt den Eindruck, den man schon aus dem Briefe Kopp's an den Grafen Oppersdorff gewinnen mußte, der Fürstbischof hat ein etwas merkwürdiges Spiel gespielt. Er tritt von den von ihm selbst ausdrücklich gebilligten und der Gesamtheit der deutschen Bischöfe von ihm geradezu zur Richtschnur gemachten Erläuterungen der päpstlichen Enzyklika plötzlich äußere Anlässe wegen zurück. Doch auch diesen Schritt tut er nur im geheimen und die Öffentlichkeit, die von der Wahrheit des Gesichts nicht unterrichtet wird, lebt in dem Glauben, daß der gesamte deutsche Episcopat die Reden billige, mit denen die christlichen Gewerkschaftsführer in Essen ihre Anhänger beruhigt haben. Wenn sich nun an die Veröffentlichung des Baderborner Zentrumsblattes weitere Auseinandersetzungen unter den Kirchenfürsten anschließen kann die Geschichte ja noch recht erbaulich werden, und wir dürfen dem Grafen Oppersdorff nur Dank wissen, daß er wenn auch nur mittelbar, ein wenig für Klarheit und Wahrheit unter den Bischöfen gesorgt hat.

Was seinen hochwürdigsten Korrespondenten dazu veranlaßt hat, anderthalb Jahre nach dem Essener Kongreß die Flucht an die Öffentlichkeit zu ergreifen, ist ja nicht ganz sicher. Gewiß hat ihm das triumphierende Auftreten der Gewerkschaftsführer während des Kölner Prozesses höchlichst mißfallen, aber er würde sich am Ende doch wohl auch dies Mal wieder mit einer privaten Beschwerde begnügen haben, wenn er nicht sicher wäre, daß seine Aufstellungen von der Kurie in Rom vollausgebilligt werden. Und das gibt ja eben dem Kopp'schen Briefe seine besonders große Bedeutung, daß er auf das Bevorstehen eines neuen Schrittes des Papstes gegen die christlichen Gewerkschaften schließen läßt.

Schon vor einigen Wochen wurde ja etwas derartiges leise angeflüstert, und der Umstand, daß die Christen-

führer sich bestreben, das Jubelgeschrei nach dem Ausgang des Kölner Prozesses schnell zu dämpfen, u. daß sie des weiteren nicht den angekündigten stenographischen Bericht über den Kölner Prozeß brachten, sondern eine Darstellung, in der sehr wesentliches fehlte, ließ darauf schließen, daß sie Grund zu Besorgnissen hatten. Da kann man es wohl verstehen, wenn jetzt die „Tremonia“ in Dortmund in den Angstruf ausbricht: Gott schütze das katholische Deutschland in solchen Prüfungen!

Nicht ganz verständlich ist es, daß das hochemittierte Organ der christlichen Gewerkschaften nahelegt, die Konsequenzen zu ziehen und ihr „Firmenschild zu ändern“, da ihre Unabhängigkeit für ihre Existenz notwendig sei. Was heißt das? Sollen sie das schmüdende Beiwort christlich aus ihrem Namen entfernen?

Wir können nur annehmen, daß die große Erregung der „Tremonia“ einen Gedanken eingegeben hat, vor dessen Konsequenzen gerade sie bei ruhiger Ueberlegung doch selbst zurückschauern muß. Verzicht auf die christlichen Gewerkschaften auf die Betonung ihres Christentums, dann werden sie mit natürlicher Gewalt dorthin getrieben, wo die freien Gewerkschaften stehen. Allerdings, ihre gegenwärtige Politik ist auf die Dauer unter keinen Umständen durchzuführen. Darüber ist jetzt auch die nötige Klarheit verbreitet. Zweierlei nur gibt's: entweder unterwerfen sich ihre katholischen Mitglieder ohne alle Bedensarten und Ausflüchte dem Willen des Papstes, oder aber ihre Organisationen machen sich endgültig von einer Umflammerung frei, die sie auf Schritt und Tritt hindert, Arbeiterinteressen wirklich zu vertreten.

Auch wenn sie sich zu dieser Loslösung entschließen, bedeutet das natürlich noch keineswegs, daß sie ohne weiteres den Standpunkt der freien Gewerkschaften einnehmen werden. Sie werden sicher bemüht sein, Gegenläufe zu konstruieren und Gegenläufe zu betonen. Aber wir dürfen doch die berechnete Hoffnung hegen, daß die deutsche Arbeiterbewegung ihrer Vereinstätigkeit damit einen Schritt näher käme. Gehen sie da den anderen Weg, so ist uns auch das willkommen, denn die bedingungslose Unterwerfung unter Rom wird Tausenden und Abertausenden die Augen öffnen.

In einem nationalliberalen Blatte kann man lesen, daß nur die Sozialdemokratie über die neuesten Wirrnisse im katholischen Lager triumphiere und daß deshalb die Regierung allen Anlaß habe, so schnell als möglich einzugreifen, „um zu retten, was zu retten ist“. Gewiß, wir leugnen nicht, daß wir uns der jüngsten Vorkommnisse freuen. Jedoch unsere Freude ist keineswegs Schadenfreude. Es ist die ehrliebe Genugtuung darüber, daß immer mehr geschieht, um einen unklaren und innerlich unwarhen Zustand zu beseitigen, an dessen Aufrechterhaltung nur die Feinde der Arbeiterschaft ein Interesse haben.

Die Schwierigkeiten der Christen.

Das ist einmal wieder ein Triumph, den die Gegner der „Kölner Richtung“ im Zentrum verschieben können! Der Brief, den der Kardinal Kopp dem Grafen Oppersdorff gekandt hat, wird den Führern der christlichen Gewerkschaften und ihren politischen Gönnern am Meist noch viel zu schaffen machen. Es ist ja richtig, daß auch der Fürstbischof selbst in einem etwas eigenartigen Lichte erscheint. Er zieht die Zustimmung zu der Interpretation, die der Prälat Kreuzwald der Gewerkschaftszusammenkunft gegeben hat, zurück, nachdem die Gewerkschaftsführer auf dem Kongreß in Essen und bei dem Kölner Prozeß dem Episcopat und seine Rechte gar zu geringfügig behandelt haben. Entweder traf die Erläuterung Kreuzwalds das richtige, dann konnte sie auch durch das Verhalten der Gewerkschaften nichts von ihrer Gültigkeit verlieren, oder sie beuhte auf falschen Voraussetzungen, und dann mußte Herr Kopp von vornherein seine Zustimmung verweigern.

Doch das ist schließlich eine Sache, mit der sich der Kirchenfürst allein abfinden muß. Für die Öffentlichkeit ist das wichtigste, daß der Kardinal, auf dessen Sympathie die Christen, wie er in seinem Briefe an Oppersdorff ausdrücklich erwähnt, so besonders großen Wert legt, neue in den schärfsten Gegensatz zu den Organisationen tritt, die zwar auf christlichem Boden stehen, aber Arbeiter ohne Unterschied der Konfession umfassen. Zwar haben die Giesberts und Stegerwald in der letzten Zeit jervollig groß getan und sich geberdet, als ob sie den Teufel nach der Meinung des Klerus über die richtige Organisationsform fragten. Den Kölner Gerichtssaal verlassen sie mit der Miene von Triumphatoren. Ob diese Entschlossenheit jedoch angeht dieses neuen Vorstoßes ihrer Gegner im Lager der Klerus vorhalten wird, kann billig bezweifelt werden. Herr Kopp und Graf Oppersdorff werden nichts unversucht lassen, und das Unheil, das von Rom droht, kann nur beschleunigt werden, wenn die Führer ihre mutigeren Worte in die Tat umsetzen wollen.

So darf man denn annehmen, daß sie zunächst wieder den geistlichen Vermittlern die Türen einlaufen werden, um sie ihrer Loyalität zu versichern und daß sie gleichsetz-

alles tun werden, um in ihrem praktischen Verhalten den Beweis zu erbringen, daß ihre Organisationen besser sind als ihr Ruf und daß eine gewaltige Klust sie von der modernen Arbeiterbewegung trennt. Ob es etwas helfen wird, warten wir ab.

In der gesamten Zentrumspreffe des Westens hallt die Erregung über den Brief des Kardinals Kopp wieder die Dortmund „Tremonia“, in der der Vorsitzende des Augustinusvereins der Zentrumspreffe die Feder führt, droht bereits mit einem Abfall der christlichen Gewerkschaften von der Kirche und mit einer Namensänderung. Sie schreibt:

„Was soll daraus werden, wohin sollen diese Wege führen? Es ist verfehlt, einen neuen schweren Schlag gegen die christlichen Gewerkschaften zu führen, trotz des Friedens von Mehl! Trotz der bekannten Erklärungen der deutschen Bischöfe! Trotz der neuartigen Rede des Kölner Oberhirten! Unbegreiflich, unverständlich! Die christlichen Gewerkschaften dürften jetzt angesichts dieser Sachlage wohl Veranlassung haben, die Konsequenzen zu ziehen und ihr Firmenschild zu ändern. Ihr Weg ist ihnen vorgezeichnet. Ihre Unabhängigkeit ist notwendig für ihre Existenz. Für die Fachabteilung Berliner Richtung ist in Deutschland nun mal kein Boden; in ihren Dienst werden sich die katholischen Arbeiter Deutschlands in ihrer überwiegenden Mehrheit niemals stellen können. Mit diesen wenigen Andeutungen wollen wir es heute genug sein lassen. Gott schütze das katholische Deutschland in solchen Prüfungen!“

Das „Düsseldorfer Tageblatt“, ebenfalls ein Zentrumsorgan, schreibt:

„Für die christlichen Gewerkschaften bedeutet die Kundgebung des Kardinals Kopp zweifellos eine Gefahr, daß ihrer Arbeit sich neue Schwierigkeiten entgegenstellen. Wir, die wir die Männer und ihre Arbeit kennen, empfinden dies mit ihnen schmerzlich.“

Deutsche Politik.

Wechseln die Chamäleons die Farbe?

Aus Straßburg wird der Berliner bürgerlichen Presse gemeldet: „In Offizierskreisen hat die Stellungnahme der „Straßburger Post“ des einzigen Blattes, das ein Offizier im Elbisch bislang für lesenswert hielt, sehr bestimmend gewirkt. Diese Verstimmung hat auch ihre Folgen gehabt. Der Verlag der „Köln. Ztg.“, Besitzer der „Straßburger Post“, plant nun eine Veränderung der Schriftleitung des Blattes. Die „Straßburger Post“ wird in Zukunft im streng deutschen Sinne mit mittelparteilicher Tendenz geführt werden. Sie behält ihren elbisch-partikularistischen Standpunkt nur so weit bei, als er sich mit den Reichsinteressen verträgt. Die „Straßburger Neue Zeitung“, das Hauptorgan der Fortschrittler, wechselt ebenfalls die Farbe. Es wird vom 1. April dieses Jahres als liberal-fortschrittliches Blatt weitergeführt werden. Der bisherige Lokalredakteur der „Straßburger Post“, ein ehemaliger protestantischer Pfarrer aus Weiskenburg i. E., wird die Leitung dieses Blattes übernehmen.“ Die alte Geschichte: bläst der Wind aus einer andern Richtung, so ändert die bürgerliche Wetterfahne ihre Richtung ebenfalls.

Denkschrift über den Geburtenrückgang.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ hört, soll über die Erhebungen, die über den Rückgang der Geburten angestellt sind, eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet werden, die dem zuständigen Ressortminister vorgelegt werden wird. Gegenwärtig sind noch nicht alle Berichte, die hierüber eingefordert wurden, bei dem zuständigen Ressort eingegangen. Es wird angenommen, daß der Geburtenrückgang zum nicht geringen Teil auf den Gebrauch von vorbeugenden Mitteln zurückzuführen ist, und auf Feststellungen dieser Art wird besonderes Gewicht gelegt. Dementsprechend erstrecken sich die Feststellungen vornehmlich auch auf den Umfang der Verbreitung der Antikonzeptionsmittel, worüber bereits zahlreiche Berichte eingegangen sind.

Polizei gegen Jesuiten.

Wie die Zentrumspreffe mitteilt, ist dem bekannten Jesuitenpater Cohausz in Osnabrück ein Vortrag über „Neuzeitliche Strömungen im Christentum“ auf eine Denunziation der nationalliberalen „Osnabrücker Zeitung“ hin von der Polizeidirektion verboten worden. Das Verbot erfolgte auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 28. November 1912.

In Hlensburg darf ein Däne nicht über die Fliegenplage, in Osnabrück darf ein Jesuit nicht über Strömungen im Christentum reden. Es geht nichts über polizeiliche Weisheit!

Das auf Grund eines Ausnahmegesetzes gegen einen Jesuiten erlassene Redeverbot empfindet die Sozialdemokratie ebenso als Unrecht, als ob es gegen einen der ihren verhängt worden wäre. Darüber hinaus liegt ein gewisser

unfreiwilliger Humor darin, da in frommen Städte Preußen zwar jeder Atheist über Strömungen im Christentum reden darf, ein katholischer Geistlicher aber, der einem bestimmten Orden angehört, nicht!

Es ist der Beruf des preußischen Polizeistaates, eine Satire auf sich selbst zu sein.

Die Doppelrolle des Offiziers.

In der „Kreuzzeitung“ erhebt Kontreadmiral z. D. J. Hoffmann den Ruf nach „mehr Schutz für die Soldatenehre“. Der Admiral beweist, daß der gewöhnliche Mensch bloß eine Ehre hat, der Soldat, will sagen der Offizier, hat aber deren zwei: nämlich eine Bürger- und noch extra dazu eine Soldatenehre. Den Beweis für das Bestehen dieses Unterschiedes findet er in den Gesetzen, da das Militärstrafgesetzbuch andere Ehrenstrafen vorsieht als das Zivilstrafgesetzbuch. „Die Strafgesetze“, sagt der Admiral, „erkennen also ausdrücklich an, daß Soldatenehre und Bürgergerechtigkeit nicht decken... Es sei also besonderer Ehrenschutz des Militärs notwendig, erstens aus Gerechtigkeitsgründen, denn das Militär sei ungleichmäßiger in seiner Ehre nicht genügend geschützt, zweitens aber aus nationalen Gründen, da das „internationale Demokratium und eine gewissenlose Presse“ das Ansehen der Armee untergraben. Diese „staatsfeindliche Maulwurfsarbeit“ müsse unterbunden werden.

Also zur höheren Ehre der militärischen Ehre Nr. 2 soll auch noch die Pressefreiheit unterbunden, den Redaktionen der „gewissenlosen Presse“ soll schimpfliche Disziplin beigebracht werden. Darauf mußte ein Bürgerlicher kommen, wenn auch ein Admiral, da doch diese erleuchtete Idee würdig gewesen wäre, dem erhabenen Haupten eines Väterlich oder Jenseitlich entpungen zu sein!

Lacht alle Hoffnung fahren!

In den Kreisen der Besitzenden trägt man sich mit der Hoffnung, daß die ersten beiden Raten des Wehrbeitrags eine so hohe Summe ergeben werden, daß auf die Erhebung der dritten Rate verzichtet werden kann. Diesen optimistischen Hoffnungen tritt eine offiziöse Note entgegen, die der „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht und in der ausgeführt wird:

„Zurzeit läßt sich auch noch nicht annähernd übersehen, in welcher Höhe die Wehrbeiträge durch die Selbsteinschätzung eingehenden werden. Die meisten Wehrbeitragsklärungen sind noch nicht abgegeben und in einigen Bundesstaaten sind die Fristen für die Abgabe dieser Erklärungen verlängert worden. In Preußen dürften bis jetzt höchstens 23-30 Prozent der Wehrbeitragsklärungen eingegangen sein, da die meisten Steuerpflichtigen ihre Erklärungen erst kurz vor Ablauf der Frist abgeben dürften. Es läßt sich aus diesen Gründen auch heute noch nicht beurteilen, ob die dritte Quote im Jahre 1916 in voller Höhe erhoben werden muß. Die Nachrichten dürften dadurch entstanden sein, daß in manchen Bezirken zahlreiche Steuerpflichtige ihre Vermögen jetzt höher angegeben haben als früher und in einigen Fällen ganz überraschende Abweichungen in den Steuererklärungen konstatiert werden können.“

Daß erheblich mehr als eine Milliarde Einkommen wird, stand von vornherein fest, daß aber so viel Vermögen vorhanden ist, das bisher der Besteuerung entzogen wurde, das hat selbst die Steuerbehörden überrascht. Immerhin werden die Besitzenden um die Leistung der dritten Rate nicht herumkommen, denn die einmaligen Ausgaben der Wehrevorlage werden bestimmt erheblich höher sein, als beim Abschluß des Gesetzes angenommen worden ist. Die Hoffnung auf den Erlaß der dritten Rate dürfte sich somit als trügerisch erweisen.

Ausland.

Frankreich.

Der Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs. In der alten nordfranzösischen Stadt Amiens trat am Sonntag, den 26. Januar, der neunte Nationalkongreß unserer französischen Bruderpartei zusammen. Zur Eröffnung erschollen die Klänge der „Internationale“ und des Liedes „Krieg dem Krieg“. Genosse Lecointe, Kammerabgeordneter des Departements Somme, eröffnete als Vorsitzender die erste Sitzung. Er hieß die Delegierten willkommen und begrüßte die Abge-

ten der auswärtigen Bruderparteien. Die unzerstörbare Einigkeit der französischen Partei habe die günstigsten Resultate gezeitigt. Darum sind auf unsere Beratungen die Augen des gesamten französischen Proletariats gerichtet. Von dem, was wir in den nächsten Sitzungen beschließen, wird und muß eine lange Periode des Geduldens und des Wachstums an Mitgliedern für die französische Sektion der proletarischen Internationale ausgehen.

Nach diesen Worten des Genossen Lecointe sprach der Genosse Müller vom deutschen Parteivorstand: „Ich bin versichert und überzeugt, daß in der Zeit des Weltimperialismus unsere Verbindung immer enger werde und daß es notwendig ist, die Bande der französisch-deutschen Freundschaft fester und fester zu knüpfen.“ Er erinnerte an Bebel, der ein großer Anhänger dieser Freundschaft war und dankte der Stadt Amiens, daß sie Bebel dadurch ehrete, indem sie einer ihrer Straßen seinen Namen gab. „Bürger“, schloß er, „bei den kommenden Wahlen wird Euer Sieg unser Sieg sein! Ohne zu glauben, daß die Wahlschlachten die entscheidenden Schlachten sind, meinen wir ihnen doch eine große Wichtigkeit bei. Aus diesem Grunde wünschen wir Euch den größten Erfolg.“

Von den Abgeordneten der auswärtigen Parteien sprachen noch Genosse Bauer von der tschechisch-slawischen Sozialdemokratie. Nach dem Dank des Vorsitzenden an die auswärtigen Parteien für ihre Anteilnahme an den Beratungen des Kongresses und dem Verlesen der Begrüßungsdelegations wurde die erste Sitzung geschlossen.

Die zweite Sitzung begann nachmittags 2 Uhr. Der erste Punkt der Tagesordnung behandelte die erstatteten Berichte. Man beriet zuerst den Bericht des Parteisekretariats. Der Bericht bestätigte, daß in den letzten zwölf Monaten die Tätigkeit innerhalb der Partei eine besonders intensive gewesen ist. Dadurch, daß die Partei an der Spitze der Bewegung gegen die militaristische Reaktion marschierte, hat sie ihren moralischen Einfluß bedeutend gesteigert. Vierhundert neue Mitglieder wurden der Partei zugeführt, 46 Föderationen haben ihren Mitgliederbestand erhöht, drei blieben auf derselben Zahl und 34 haben eine kleine Einbuße zu erleiden gehabt. Daneben ging die erfolgreiche Tätigkeit zur Ausbreitung der „Humanité“. In der Diskussion über diesen Bericht wurde gefordert, daß die Agitation noch besser organisiert werde. Raure erklärte, daß wohl alle damit einverstanden seien, die Agitation noch besser zu organisieren. Ohne optimistische Liebetreibung könne er aber sagen, daß die Partei am Vorabend eines großen Aufschwunges stehe. Die Zeit des systematischen Wirtstrens zwischen der sozialistischen und der syndikalistischen Bewegung nahe ihrem Ende, sodas dieses Hindernis der Zunahme der Partei an Mitgliedern verschwinde.

Nach einer Aussprache über das gegenwärtige Mitteilungsblatt der Partei „Le Socialiste“, wobei der Wunsch ausgesprochen wurde, das Blatt in eine Revue umzugestalten, wurden sämtliche Anträge an die Kommission der Propaganda verworfen.

Den Bericht über das internationale Bureau gab der alte Genosse Vaillant. Nach einer Ebrung der Toten der französischen Partei erstatteten die Genossen Braud und Lauche den Bericht über die „Humanité“. Der gesamte Absatz der „Humanité“ beträgt rund 88 000 Exemplare, die Auflage 117 000.

Der Kongreß sprach unter lebhaftem Beifall dem Leiter der „Humanité“ sein Vertrauen aus. — Der Kongreß vertagte sich dann auf Montag.

England.

Die Konferenz der britischen Arbeiterpartei. Am Dienstag, den 27. Januar trat in Glasgow (Schottland) die vierzehnte Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei (Labour Party) zusammen. Diese 1900 gegründete Partei ist eigentlich eine Föderation von Organisationen, denn sie zählt nicht Einzelmitglieder, sondern rechnet nur mit angeschlossenen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Die Labour Party wurde gegründet, um die Gewerkschaften von den Liberalen loszureißen und mit den sozialistischen Organisationen zusammenzuführen. Was jetzt gelang es noch nicht, die Absicht soll zu verwirklichen, wobei im Hinblick auf die Gewerkschaften, noch so weit die verschiedenen sozialistischen Organisationen in Frage kommen. Die britische sozialistische Föderation entwickelte, steht der Arbeiterpartei noch fern. Die Gegenstände beruhen im wesentlichen darin, daß die Labour Party ablehnt, ein sozialistisches Programm aufzustellen und den Klassenkampf anzuerkennen. Die bevorstehende Konferenz wird neuen Einigungsversuchen dienen. Einigungsversuche können es nur sein, denn die Delegationen der verschiedenen Gruppen können nicht endgültig beschließen, die Entscheidung liegt bei den einzelnen Organisationen selbst. Differenzpunkte sind noch reich-

lich vorhanden. Einer der wesentlichsten beruht darin, daß die britische sozialistische Partei, um den Arbeitervertretern größere Unabhängigkeit den Liberalen gegenüber zu sichern, die Einführung des Proportionalwahlrechts fordert, während MacDonald, der Führer der unabhängigen Arbeiterpartei und Labour Party, den Proporz bekämpft und sich mit einem „alternativen“ Wahlsystem begnügen will, bei dem der Wähler mehr Kandidaten wählen kann, aber die Reihenfolge der von ihm empfohlenen Kandidaten bestimmt.

Der soeben erschienene Bericht der Labour Party teilt mit, daß rund 186 000 Mitgliederbeiträge im Jahre 1913 gegen 146 800 im Vorjahre eingegangen sind. Die Ausgaben beliefen sich indessen auf über 204 000 Pfund. Im Parlament sitzen 39 Vertreter der Arbeiterpartei. Angehört waren der Labour Party 1913 130 Gewerkschaften mit 1 888 000 Mitgliedern gegenüber 41 Gewerkschaften mit 663 000 Mitgliedern im Jahre 1900, ferner zwei sozialistische Organisationen mit 81 200 Mitgliedern gegen zwei sozialistische Organisationen mit 2 800 Mitgliedern im Jahre 1900. Die Labour Party umfaßt also fast 1 900 000 gewerkschaftlich und politisch organisierte und bildet so zweifellos eine Macht, mit der, wenn sie richtig angewendet wird, gerechnet werden muß.

Russland.

Der Jahrestag des 9. Januar. Aus Petersburg schreibt man uns: So oft der 9. Januar (a. St.) sich jährt, gibt es trotz aller Vorkehrungsregeln Massenunruhen sowohl in Petersburg als in der Provinz. Diesmal jedoch nahmen sie ganz besondere große Dimensionen an. Allein in Petersburg freiliefen am roten Januarstag über Hunderttausend Arbeiter und in Wiga erreichte ihre Zahl gleichfalls etwa achtzigtausend. Daß diese Vorgänge eine Flut von Repressalien nach sich zogen, ist für Russland selbstverständlich. Aus der gesamten Provinz laufen entsprechende Nachrichten ein, und in Petersburg wurden u. a. über 70 Teilnehmer dieser Demonstrationen Strafen von einem bis 8 Monaten Gefängnis verhängt.

Badischer Landtag.

Eingangs der getrigen Sitzung erfolgte die Abstimmung über den Antrag der Abg. Köhler u. Gen., der eine Aenderung der bisherigen Entschädigung der Einzelstaaten für die Erhebung der Hölle und Reichsteuern bezweckt. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf erstattet Abg. Seubert (Centr.) den Bericht der Budgetkommission über den Voranschlag des Ministeriums des Innern. Die Nationalliberalen schänten auf die Bedeutung der Wohnungsreform ein, während der folgende Sprecher des Centrums, Abg. Wittmann, besonders die Religion als einen sozial wertvollen Faktor in den Vordergrund stellt. Gegenüber diesen sich mehr in Kleinigkeiten verlierenden Ausführungen, hoben sich wirkungsvoll die Ausführungen unseres Genossen Süßkind ab, der in 14stündiger Rede die wichtigsten Punkte der sozialen Reform Revue passieren ließ, um dann zum Schluß darauf hinzuweisen, daß, solange uns die Regierung nicht als gleichberechtigt betrachtet, wir unsere Maßnahmen dementsprechend treffen müssen. Die Debatte über das Ministerium des Innern wird den Landtag noch einige Tage beschäftigen. Zu bemerken ist aus der getrigen Sitzung schließlich noch, daß erfreulicherweise nach langer Krankheit Genosse Adolf Beck wieder an der Sitzung teilnehmen konnte.

19. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 28. Januar.

Präsident Mohrhubert eröffnet die Sitzung um halb 5 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Dörmann, Ministerialrat Wolpert und Ministerialdirektor Pfeiffer.

Im Eingang befinden sich verschiedene Petitionen: des Gemeinderats Kilsheim, den Weiterbau der Bahn von Harbheim über Kilsheim nach Wertheim betr.; der Gemeinden Mörsh und Neuburg über um Erstellung eines Bahnhofs; von Vertretern der beteiligten Gemeinden um Berücksichtigung der Linie Sinsheim-Eichersheim-Oettingen; Hauptbahnen bei Einführung des staatlichen Automobilverkehrs; der Frauenfürsorgevereine des Bundes zum vorliegenden Gesetzentwurf über Berufsvormundschaft; des Ausschusses von Staatsbeamten in Offenburg um Einziehung der Stadt Offenburg in die 1. Ortsklasse des Wohnungsgeldtarifs; des Verbandes der Polizei- und Gemeindev-

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Sechs Uhr abends. Ich liege im Bett. Ueber mir im ersten Stock fängt an, lebendig zu werden. Es sind die Gefangenen des großen Schlafsaales, die ihr Abendwächchen halten. Die Schlafsäle sind große, helle Räume, die sich zu beiden Seiten von einem Korridor hinziehen, in dem die zimmernen Waschgeschirre stehen, und der mit den Schlafsälen durch Lorbogen ohne Türen verbunden ist. In jedem Saal stehen zwei Reihen Gittertische, die je ein sauberes Feldbett enthalten. Hier schlafen die gemeinsam Arbeitenden. Nachdem sie ihren Abendgang gebrüllt haben, werden sie auf ein Glockenzeichen hin in ihre Käfige eingeschlossen und ihrem Schicksal überlassen. Jeder Schlafsaal ist wieder in Abteilungen geteilt, die jede ihren „Alten“ hat, der, obwohl selbst Gefangener, doch für die Ordnung verantwortlich ist. Aber die „Alten“ fassen ihre Rollen anders auf als die Verwaltung; Sie liegen immer auf der Lauer, und bei jedem verdächtigen Geräusch, dem Knirschen eines Schlosses oder dem Marren einer Tür, klopfen sie dreimal auf den Boden. Sofort bricht der Lärm ab und es herrscht tiefste Ruhe, die nur durch lautes, täuschend imitiertes Schnarchen unterbrochen wird.

Zehn Uhr nachts. Die Trompete bläst auf dem Marktplatz vor dem Zuchthaus den Zapfenstreich. Das ist für mich jeden Abend das Zeichen, mich aufs Ohr zu legen und zu versuchen, einzuschlafen.

Im Juli besuchten mich Mutter und Schwester. Der Direktor empfing sie aufs Lieblichste und erlaubte ihnen, mich während vier Tagen täglich eine Stunde zu sprechen. Die Schritte, die sie wieder zu meiner Freilassung getan hatten, waren abermals erfolglos gewesen. Der Direktor versprach, im nächsten Sommer, wenn meine

Strafzeit zu dreiviertel um sei, der Regierung meine provisorische Freilassung vorzuschlagen, im Hinweits auf § 23 des Strafgesetzbuchs, das wirklich die provisorische Gefangenschaft eines Sträflings von tadelloser Führung vorsieht. — Nun zehrte ich von der Hoffnung. . . .

Die Zeit war gekommen, wo Duf, der Meher Bildhauer freikam. Er hatte die zwei Jahre Zuchthaus tapfer ertragen. Am Vorabend seiner Entlassung wurde er, wie üblich, in eine „Abschiedszelle“ gesperrt. Das ist eine der merkwürdigsten preussischen Zuchthauseinrichtungen. Hier und zwanzig Stunden vor der Entlassung werden die Sträflinge in eine besondere Zelle geschlossen, in der nichts als ein Bett steht und wo sie ganz allein, ohne Arbeit, ohne Reiztre, sitzen müssen. Wahrheitsgemäß will die Verwaltung ihnen damit eine letzte Gewissensprüfung nahelegen und sie für später auf die letzten schrecklichen Stunden im Zuchthaus, vor einem Rückfall bewahren. Die Zelle, wo der arme Duf die „letzten schrecklichen Stunden“ verbringen sollte, lag neben der meinen und ich hörte ihn eine Romanze von Delmet singen. Am Morgen der Entlassung hat er, mir Lebewohl zu sagen und mir zwei Exemplare einer lothringischen, illustrierten Zeitschrift als Abschiedsgeschenk geben zu dürfen, was gnädig gewährt wurde. „Uffo Ich wohl, alter lieber Duf — oder vielmehr auf Wiedersehen! — so Gott will.“

So unglaublich es klingt, es gab damals einen im Zuchthaus, der seiner Entlassung hartnäckig widerstrebt. Degenhart, ein Meher seines Reichens, war wegen Körperverletzung zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt gewesen, und von dem „Luzus“, der im Zuchthaus herrschte, ganz geblendet worden. Er fühlte sich so glücklich hier, daß er am Tage seiner Entlassung dem Aufseher kategorisch erklärte er ginge nicht.

Nachdem man vergeblich versucht hatte, ihn zur Vernunft zu bringen, ließ der Direktor ihn von vier handfesten Kerlen ergreifen, die ihn nur mit Mühe von dem Bett, an das er sich wie ein Verzweifelter geklammert hatte, los rissen und vor die Türe warfen.

Nun wohnte in Ludau ein jüdischer Trödler mit Namen Sasonon Schnapper, der die abgetragenen Sträf-

lingsanzüge aufkaufte, die besseren an Bauern und Arbeiter verkaufte, und die anderen als Lumpen verhandelte. Der widerspenstige Degenhart, den man gezwungen hatte, seine Zivilkleidung anzuziehen, begab sich spornreitend zu Schnapper, leistete sich ein vollständiges Sträflingskostüm, das ihn am selben Tag wie er beredet hatte, wieder ins Zuchthaus zurückbrachte. Weil er bettelnd herumging, hatten ihn die Bauern, die sich eine Belohnung verdienen wollten, als entpurrtenen Sträfling eingekerkert und in das Zuchthaus zurückgebracht. Bei seiner Rückkehr braug alles, inklusive der Direktor, in Lachen aus, aber eine Stunde später war er schon wieder draußen, diesmal in Begleitung des Wärrers Richter, der ihn selbst in den Zug setzte, der ihn nach Brandenburg bringen sollte. Dies geschah um 12 Uhr mittags.

Um zwei Uhr nachmittags, als der Direktor noch bei Tisch saß, entstand plötzlich ein furchtbarer Lärm unten auf dem Platz, und eine seiner Wächter lief ans Fenster.

„Sieh einmal, wieviele Menschen. Sie kommen aufs Zuchthaus zu, wahrscheinlich bringen sie „einen.“

Der Direktor erhob sich um nachzugehen. O welch ein Schrecken, da bringen sie wieder Degenhart geschleppt! Diesmal hatte er es aber nicht mit Mühe getan. Ein Polizist hatte ihn auf einer Station verhaftet, weil alle Reisende des Zuges ihn als entpurrtenen Sträfling bezeichneten. Die Verwaltung hatte ihm am Morgen sein bei Schnapper von eigenem Geld gekauftes Sträflingskostüm nicht abnehmen dürfen und ihn nur gezwungen, seine Zivilkleidung über die Sträflingskleidung anzuziehen. Als es Degenhart nun während der Fahrt im Coupe zu warm geworden war, hatte er sich seiner Ueberkleider entledigt, und war so von den entsetzten Mitreisenden als entpurrgener Sträfling angezeigt worden.

Diesmal griff der Direktor zu einem Gewaltmittel, das er eigentlich hätte sofort anwenden sollen: er nahm ihm die Sträflingskleider einfach ab und beschaltete ihm den Betrag, den er dafür beim Trödler gegeben hatte. Dann wurde Degenhart wieder in den Zug gesetzt, der ihn glücklicherweise diesmal für immer entführte.

(Fortsetzung folgt.)

Jedem ist es bekannt, dass die Revision des Gemeindefürsorgegesetzes, der selbständigen Bauhandwerker in Pletzigheim und Muggenlurum um Vergütung der Arbeiten der zu erstellenden Seil- und Flegeantlast bei Muggenlurum in kleineren Lagen; des Vereins der Finanzbeamten, die Beförderungsbefähigung der mittleren Finanzbeamten betr.

Weiter gingen ein: Schreiben des Großh. Ministeriums der Finanzen mit Erklärung der Bereitwilligkeit zur Beantwortung der Interpellation der Abg. Benedy u. Gen. über die Betriebsstörungen anlässlich der Eröffnung des Karlsruher Personenbahnhofs; Schreiben vom Großh. Ministerium des Innern mit den verlangten Erhebungen über die beanstandeten Wahlen der Abg. Martin, Dr. Wagner, Hauser und Schöpflin.

Ferner ging ein ein Antrag Kolb (Soz.) u. Gen., Beseitigung der Fahrkartensteuer betr.

Ministerialrat Wolpert beantwortet die Anfrage des Abg. Seubert u. Gen., wann die voraussichtliche Inbetriebnahme der Strecke Bindschlag-Kork erfolgen wird, dahingehend, dass das Gelände voraussichtlich im Mai verfügbar, worauf dann sofort die Arbeit in Angriff genommen wird. Die Inbetriebnahme dürfte voraussichtlich im Sommer 1916 erfolgen.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Abg. Köpfer u. Gen., die Reichsberatung an Baden für die Erhebung und Bewirtschaftung der Zölle und Reichsteuern betr. Dem Antrag zufolge sollte die Zweite Kammer beschließen, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat auf eine Änderung der geltenden Bestimmungen über die Entschädigung der Einzelstaaten für die Kosten der Erhebung und Bewirtschaftung der Zölle und Reichsteuern auszuwirken, damit den Einzelstaaten die von ihnen tatsächlich für diese Zwecke gemachten Aufwendungen in voller Höhe vom Reich ersetzt werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Abmann wird in die Generaldebatte über das Ministerium des Innern eingetreten.

Abg. Seubert (Ztr.) erstattet den Bericht der Budgetkommission. Der Berichterstatter bedauert, dass bei einzelnen Positionen nicht größere Beträge angefordert worden sind. Durchweg wurde nur das Allernotwendigste verlangt. Die Wohnungsfrage wurde eingehend behandelt. Die Kommission beantragt, für die Jahre 1914 u. 1915 zu genehmigen: In Ausgabe: die Titel: Ministerium f. je 1 Jahr 474 910 M., Landeskommissare 100 670 M., Verwaltungsgerichtshof 82 070 M., Verwaltungsstellen 242 900 M., Generallandesarchiv 58 670 M., Eichwehen 17 910 M., Bezirksverwaltung und Polizei (Refforderung) 215 000 M., Allgemeine Sicherheitspolizei: ordentlicher Etat für je 1 Jahr 1 329 890 M., außerordentlicher Etat für je 2 Jahre 28 200; Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten: ordentlicher Etat für je 1 Jahr 179 650 M., außerordentlicher Etat für 2 Jahre 1 214 550 M.; Außerordentliche Wohnungen und Bewilligungen für je 1 Jahr 61 600 M.; Verschiedene zufällige Ausgaben für je 1 Jahr 19 200 M. In Einnahme: Generallandesarchiv für je 1 Jahr 420 M., Eichwehen 110 500 M., Bezirksverwaltung und Polizei 3 013 220 M., Allgemeine Sicherheitspolizei 26 140 M., Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten, außerordentlicher Etat, für 2 Jahre 402 400 M.

Zu den für das Karlsruher Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus geforderten Mittel bemerkt der Redner, dass der letzte Landtag der Ansicht war, dass eine Unterstützung dieses Krankenhauses im allgemeinen Interesse läge. Im allgemeinen ist das Ministerium des Innern zu einem vollstündigen Verständnis geworden, das hervorragend geleitet wird, was im Namen der Kammer allgemein dankbar anerkannt wird.

Abg. Dietrich (nall.) hebt hervor, dass ihm ein Hauptgegenstandspunkt scheint, nicht fortwährend die Gesetze zu ändern, sondern zu versuchen, die Bevölkerung in die neuen Gesetze einleben zu lassen. Die Bestimmungen über die Gemeinderednungen sollen reformiert werden. Bei den Gemeindebeamten sind eine Reihe neuer Gesichtspunkte eingetreten. Durch die neue Reichsversicherungsgesetzgebung ist eine Scheidung in drei Kategorien bei den Gemeindebeamten eingetreten. Die Versicherungspflicht bei den Fürsorgefällen sollte auch auf jene ausgedehnt werden, die bisher nur freiwillig beitrugen. Auch die Leistungen sollten erhöht werden. Durch weitere Ausdehnung des Kreises der Versicherten werden die Kosten gestärkt. Die Aufgehorte für die Beamten sollten nicht mehr den Gemeinden aufkommen. Bei der Frage der Kreisorganisation kommen die Wahlen sowie die ganze Tätigkeit dieser Organisation in Betracht. Mit Änderung der Wahlen allein ist nichts getan; die ganze Tätigkeit muss auf eine neue Basis gestellt werden. Für die Gendarmerie und für die Schulleute sollte mehr geschehen. An die neue Bauordnung hat man sich allmählich gewöhnt, woran vor allem die betrieblige Handhabung des Gesetzes schuld ist. Ich weiß nicht, ob wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir Verwaltung und Polizei noch weiter ausbauen; vielleicht wird auch hier einmal der Ruf nach Vereinfachung erfolgen. In den Zwangserschulungsanstalten sollte Rücksicht auf die verschiedenen Individualitäten genommen werden. Bei Schaffung der sozialen Ge-

sehbung glaube man, dass die Arbeiter sich mit den bestehenden Verhältnissen ausöhnen würden. Diese Hoffnung war eine trügerische. Es herrscht immer noch eine große Unzufriedenheit, deren Ursachen man nachgehen sollte. Es kommt Vieles daher, dass sich in den letzten 50 Jahren ein starker Zug nach materiellen Dingen bemerkbar macht. Der kleine Mann will nicht nur seine Lage verbessern, sondern auch die der Kinder. Schließlich ist durch die heutige Entwicklung, die Individualität des Einzelnen, besonders der Fabrikarbeiter, stark gehemmt worden. In dieser Hinsicht lässt sich zwar nichts ändern; vieles kann jedoch dem kleinen Mann durch die Wohnungsfürsorge gegeben werden. Die Polizei allein kann jedoch diese Frage nicht lösen. Hier kann nur mit großen Geldmitteln geholfen werden. Das Streben nach einer Eigenwohnung spielt bei vielen Arbeitern eine große Rolle. Hier sollte man große Maßnahmen treffen. Die Geldmittel hierfür könnten durch unsere Versicherungsanstalten und durch staatliche Kredite aufgebracht werden. Selbst wenn der Staat einmal dabei einen Verlust erleidet, so wäre dies noch nicht das Schlimmste. Damit würde dem Arbeiter wieder eine Heimat gegeben werden. Die Unterbringung der Familien mit zahlreichen Kindern in der Großstadt ist eine bedeutungsvolle Frage, die gerade für den Geburtenrückgang eine große Rolle spielt. Der Grund- und Hausbesitz wird die Frage des Kleinwohnungsbaus an Gemeinde und Staat abtreiben müssen. Der Redner geht hierauf auf die in den Staatsvoranschlag eingestellten Mittel für Wohnen und Wohnungsbau ein. Hier sollte der Betrag erhöht werden. Der Redner richtet hierauf eine Anfrage an die Regierung wegen der Vorgänge im letzten Jahre zwischen der Stadt Karlsruhe und der Südbadischen Eisenbahngesellschaft. Man kann da dem Staat den Vorwurf machen, dass im Falle eines Zustandekommens jenes Vertrags, der Staat eine schwere Schädigung erlitten hätte. Es wäre hierdurch einer privaten Firma eine Monopolstellung eingeräumt worden und zum mindesten hätte sich der Staat eine schwere Konkurrenz geschaffen. Es handelt sich hier um die Frage, ob der Staat so lange warten will, bis die privaten Monopole ihm über den Kopf wachsen und das staatliche Eisenbahnmonopol durch private Elektrizitätsmonopole verdrängt wird. Hier sollte der Staat das Selt in der Hand behalten. Das Ministerium des Innern befindet sich in solchen Händen, da man ihm Lob für seine Tätigkeit spenden kann. (Beifall.)

Abg. Wittmann (Zent.) spricht ebenfalls dem Ministerium des Innern seine Anerkennung aus. Was der Abg. Dietrich über den Zug unserer Zeit zu dem Materielleu sagte, dem stimme ich zu. Alle sozialen Gesetze haben nur dann Erfolg, wenn der religiöse Sinn geweckt wird, und zu den Sitten der Allen zurückgeführt wird. Die Gehirnanalyse der Bevölkerung auf dem Lande kann durch entsprechende Gesetze gefördert werden. Nach dem Vorbild Bayerns sollte ein Gesetz zur Verhütung der Güterzertrümmerung geschaffen werden. Durch die Tätigkeit der Polizei sollten die sittlichen Missstände in erhöhtem Maße unmöglich gemacht werden. Der Ruf nach einer Vereinfachung des Verwaltungssystems ist ein berechtigter. Vorzugsweise die vorgekommenen Fälle von spinaler Kinderlähmung werden. Der Redner tritt für die Schaffung eines Automobilabgabegesetzes ein. Die Abänderung unserer Kreisverfassung ist eine unbedingt nötige. Die Regierung sollte daher eine entsprechende Vorlage einreichen. Ein Teil der Geburtenrückgänge ruht auf der Wohnungsfrage; ein anderer Teil ruht jedoch auf den Ursachen, die von unseren Vätern in ihren Schriften genannt wurde. Es freut uns, dass die Regierung den Kampf gegen die Schundliteratur unternimmt. Jedoch auch gegen die Bars in den Großstädten sollte vorgegangen werden. Die Zwangserschulung der Fürsorgebedürftigen sollte nach den Konfessionen getrennt erfolgen, um die Einflüsse der Religion auf die Fürsorgebedürftigen zu vergrößern. Zur Erziehung gehört eben auch der Einfluss der Religion. Die Gemeindebeamtenfürsorge ist zu unterstützen. Es ist zu wünschen, dass die badische Verwaltung in bisherigem Maße weiter arbeiten möge.

Abg. Süßkind (Soz.): Es muss anerkannt werden, dass im Gegensatz zu der Stimmung nach den Wahlen die Stimmung jetzt eine friedliche ist. Es ist soeben Verschiedenes über die Wohnungsfrage gesprochen worden, wobei auch religiöse Fragen miteminandert wurden. Wir meinen, dass die Vertreter der Religion in 2000 Jahren Zeit genug gehabt haben, die Wohnungsfrage zu lösen. Dies geschah jedoch nicht. Auch die Regierungsmaßnahmen genügen nicht. Deshalb sind die Arbeiter zur Selbsthilfe gezwungen und haben zur Verbesserung ihrer Lage in dieser Hinsicht

Vaugenossenschaften
gegründet. Die Gründung geschah auf dem Boden des Erbbaues; ein System, das speziell in England mit großem Erfolg gepflegt wird. Diese Bauart hat den Vorteil, dass der Bewohner hierbei jederzeit seine Wohnung wechseln kann. Wenn dagegen der Arbeiter heute an eine bestimmte Wohnstätte gebunden ist, so ist seine Freizügigkeit unterbunden, und er kann nicht hingehen wo er Brot und Arbeit findet. Die Ansiedlung im Freien bewirkt, dass ein freies Geschäft heranwächst. Den Vaugenossenschaften werden Schwierigkeiten gemacht, vor allem von den Hausbesitzern. Dann wird der Vorwurf erhoben, diese Vaugenossenschaften schädigen den Handwerk. Dies ist jedoch unrichtig. Denn die Handwerker sind besser daran, wenn sie für Vaugenossenschaften arbeiten als für Auftragsarbeiten, wo sie oft mit dem Geld das Nachsehen haben. Die Vaugenossenschaften sind auch der Gesundheit förderlich. Denn die Epidemien werden vielfach erst durch die Zusammenpferdung in kleine Wohnungen gefördert. Auch für die Erziehung sind diese Wohnungen im Freien zu begrüßen. Bei der Wohnungsfrage haben die

Hypothekendarlehen
hällig verfügt. Auch bei den sogenannten mündelsicheren Papieren werden häufig Gelder verloren. Diese Hypothekendarlehen wirken vielfach ungünstig. Die Abschlußprovision muss für 10 Jahre bezahlt werden; nach dieser Zeit muss wieder eine neue Provision bezahlt werden. Angesichts der Verhältnisse sollte sich die badische Regierung fragen, ob sie nicht an die

Gründung staatlicher Hypothekendarlehen
denken soll. In einer Reihe anderer Länder hat der Staat die Hypothekendarlehen des Landes in der Hand, so z. B. in Dänemark. Im allgemeinen sind für den Käufer die Anlagen von Gelder in Hypothekendarlehen vorzuziehen, da im Falle eines Krieges wohl die Staatsanleihen stark im Kurse fallen, die Hypothekendarlehen jedoch nicht im gleichen Maße. Was die 2. Hypothekendarlehen betrifft, so erhalten sie erst dann volle Sicherheit, wenn entsprechende gesetzliche Bestimmungen geschaffen sind. Vor allem müsste eine Sicherung der Zinsen der Hypothekendarlehen erfolgen. Heute hat niemand mehr Courage, Geld für 2. Hypothekendarlehen auszugeben, weil er große Gefahr läuft. Hier muss Remedur geschaffen werden. Die Lebensversicherungsbanken bilden einen Kreislauf für das Volk, weil oft ein Teil der bezahlten Summen verloren geht.

Versicherungsgesellschaften
leben oft von der Armut unserer Mitbürger. Ein großer Teil der Gewinne dieser Banken beruht darauf, dass sie bereits eingezahlte Summen für sich behalten, wenn arme Leute kein Geld haben, um die Zahlungen fortzusetzen. Als die Gewerkschaften zur Bekämpfung dieser Volkschädigung eine eigene Lebensversicherung gründeten, wurden sofort Gegengesellschaften gegründet, und die das Interesse der gesamten Arbeiterschaft vertretende Volksfürsorge als sozialdemokratisch verschrien.

hat so viel mit der Sozialdemokratie zu tun, als wie mit der Zentrumsparlei. Wenn bei der Volksfürsorge viele sozialdemokratische Arbeiter sind, so kommt das daher, weil eben die sozialdemokratischen Arbeiter besser geschult sind. Mit den Gegengesellschaften sollte ein Teil in die Arbeiterschaft getrieben werden. Wir werden ja sehen, wie sich die Verhältnisse entwickeln.

Die Volksfürsorge
Der Redner wendet sich nunmehr dem
Apothekenwesen
zu. Eine Vereinfachung des Apothekenwesens ist, wie schon früher unsererseits geschah, zu fordern. Durch die hohen Arzntare werden die Kranken geschädigt.
Was die vom Abg. Wittmann geforderte

Automobilsteuer
betrifft, so bekämpfen wir diese. Denn hierdurch wird die Industrie und der ganze Verkehr geschädigt. Außerdem wird hierdurch eine ungerechtfertigte doppelte Belastung herbeigeführt. Schließlich mulet eine Versteuerung des Automobilverkehrs sonderbar an, in einem Augenblick, wo man die Gemeinden durch Einführung von Autolinen fördern will.
Der

Rückgang der Geburten
wird vor allem durch die leueren Lebensmittelverhältnisse herbeigeführt. Bei den jetzigen Verhältnissen jagen sich die Leute lieber zwei Kinder gut, als sehr viele Kinder schlecht zu ernähren. Der Geburtenrückgang hängt vor allem auch zusammen mit der so „benährten“ Volkspolit.
Der schon im Jahre 1908 gestellte Antrag auf Einführung von

Arbeiterkammern
ist heute noch nicht durchgeführt. Ähnlich liegt es beim Wohnungsnachweis.
Von der Regierung möchte ich auch erfahren, wie sie sich zu dem geplanten

Arbeitswilligengesetz
stellt, gegen das sich die gesamte Arbeiterschaft, selbst die Gelben, wendet. Wir hoffen, dass die Regierung gegen diese Bestrebungen entschiedene Front macht.
Bei den beiden

Zwangserschulungsanstalten
wird eine verschiedene Behandlung angewendet. Dies beweist am besten die Tatsache, dass bei der einen Anstalt mehr Jüglinge entweichen sind, als bei der anderen. Im Verhältnis sind die Entweichungen im Schwarzacher Hof härter als in Pletzigheim. Die Behandlung im Schwarzacher Hof scheint demnach eine rigorosere zu sein als in Pletzigheim. Man sollte gegen die Jüglinge so milde als möglich verfahren, um sie für die Menschheit zurückzugewinnen.
Erfreulich ist, dass die Gebäuversicherungsanstalt ihr Interesse nunmehr auch der Wasserwerkverfugung zuwendet. Zu begrüßen ist die Tatsache, dass für das

Hinterland
beträchtliche Mittel eingestellt werden. Die Regierung sollte den motleidenden Bevölkerung jederzeit entgegenkommen. Beim Kapitel Polizei fällt auf, dass eine große Anzahl von Schulreuten unfreiwillig entlassen werden musste. Nicht angenehm ist es, wenn in Großstädten Veruche mit jungen Schulreuten gemacht werden, die sich hintennach als ungeeignet erweisen. Die konstatirte Zunahme der Straffachen am Amtsgericht Mannheim rührt nicht von der Bevölkerung Mannheims her, sondern von den bezirksamtlichen Verfügungen. Es geht dies am besten daraus hervor, dass eine sehr große Anzahl von freisprechenden Urteilen gefällt werden musste. Wenn man keinen Schutzmann braucht, ist immer einer da, wenn man dagegen einen sucht, ist nie einer da. (Beifall.) Die Kontrolle der Schulreute verliert sich oft in Kleinlichkeiten, wie ein Mannheimer Fall mit dem „Blumenpeter“ beweist. Ein Beweis für das unverständliche Vorgehen der Polizei ist deren Verhalten gegenüber der Mannheimer Sozialdemokratie bei der letzten Kreiswahl. Es handelte sich da nicht, wie die Polizei annahm, um einen Demonstrationzug, der in diesem Moment auch ungeeignet gewesen wäre, sondern man wollte nur die Abstimmung bei der Kreiswahl erleichtern. Hier schritt die Polizei ein. Wird denn die Polizei auch aufgeben, wenn der Jungdeutschlandbund u. s. f. aufmarchiert. Wir werden eben nicht als gleichberechtigt betrachtet und dies zwingt uns, den Uebergriffen entgegenzutreten. So lange man jedoch in dieser Weise uns gegenüber handelt, so lange sind wir gezwungen, unsere Maßnahmen dementsprechend zu ergreifen. Wie hierüber gesprochen wird, wird hinüber geschossen. (Beifall.)
Nächste Sitzung: Donnerstag vormittag 10 Uhr, Fortsetzung der Debatte.
Schluss der Sitzung: 18 Uhr.

Antrag des Abg. Kolb (Soz.) u. Gen.:
Beseitigung der Fahrkartensteuer betr.
Hohe Zweite Kammer sollte beschließen, die Großh. Regierung zu ersuchen, im Bundesrat einen Antrag auf Beseitigung der Fahrkartensteuer zu stellen.

Badische Politik.

Unverfesselt.
r. Wir lesen in der „Heidelberger Zeitung“ vom 27. I. M. unter „Die Landesausstellung für Kunst, Gewerbe und Industrie in Karlsruhe“ einen Antrag des Vorstandes des „Gewerbe- und Handwerkervereins Heidelberg“ an den Heidelberger Stadtrat, in welchem von diesem verlangt wird, dass er bedürftigen, intelligenten und fleißigen Handwerksmeistern Unterstützung zur Beteiligung an der oben erwähnten Ausstellung subilligt. Es wird verlangt, dass der Stadtrat pro 1914 und pro 1915 zu diesem Zweck je 1500—2000 M. in das städt. Budget einstellt.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben von jeher alle Mittel zur Förderung des Handwerkes bewilligt und werden auch im vorliegenden Fall kaum eine andere Stellung einnehmen. Man vergleiche jedoch dagegen die rücksichtslose, scharfmacherische Stellung des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, welche erst dieser Tage in Kasell unter dem Vorhitz Niederbühls mit aller Energie gegen die Position von 100 000 M. zu Zwecken der Förderung der Arbeitslosenversicherung durch die badische Regierung Sturm lief. Man vergleiche weiter die Stellung des jetzt bettionierenden Vorsitzenden des Heidelberger Gewerbe- und Handwerkervereins, des Stadtr. Adorf und seiner nationalliberalen Freunde, welche gleichfalls mit aller Macht versuchten, die Heidelberger Arbeitslosenfürsorge zu stürzen. Wenn

Theater und Musik.

Unhaltbare Zustände am Hoftheater Karlsruhe.

Am Samstag waren zu der doch gewiß sehr harmlosen „Undine“ Aufführung sage und schreibe drei Gäfte notwendig und am Sonntag für die „Meisterfänger“ Aufführung „nur“ zwei. Sind Abgaben aus Gesundheitsrückfällen (unter welcher Aufsicht auch die Krankheiten Reid und Siferuag mit großen Kosten figurieren) an sich schon ein fühlbarer Uebelstand, so wächt sich aber am Karlsruher Hoftheater die in unheimlicher Weise eingerissene Abgabe-Manie nachgerade zu einem Standal aus, der, wenn nicht gründlich dazwischen gefahren wird, unsere Bühne zu allgemeinem Gespött werden lässt, vom Ansehen, das verloren geht, gar nicht zu reden, denn da ist kaum mehr etwas zu verlieren. Es muss offen gesagt werden: die Hoffnungen, die man auch nach der Nichtung hin auf den neuen Hofkapellmeister gesetzt hatte, sind gründlich enttäuscht worden, so sehr sie nach der künstlerischen Seite hin in Erfüllung gingen. Es fidern fortgesetzt Andeutungen in die Defensivität durch, aus denen hervorgeht, dass im Personal eine allgemeine Wistimmung über die Mächtigkeitsigkeiten eines maßgebenden Faktors herrscht. Wir möchten vorerst noch von einer Besprechung dieser Vorkommnisse absehen, obgleich uns reichlich Material zur Verfügung steht. Wädhien es vielmehr zunächst den maßgebenden Instanzen überlassen, nach dem Redten zu sehen und vor allem einmal beim eingerissenen Protektionregiment einen Riegel vorzuführen, ehe es zu spät ist und alle guten Mitglieder der Hofbühne hinausgeschellt und durch Dilettanten aus dem hierfruchdigen Süddeuten unseres Vaterlandes ersetzt sind.
Das dreifache Gastspiel bei der „Undine“ Aufführung kann nur als eine Folge dieser Zustände bezeichnet werden. Dass man solch einen Walter Stolzling einem Großstädtpräsidenten vorzuführen wagte, kann man nur entschuldigen, wenn man etwa annimmt, die Leitung habe sich jetzt zur Karnevalszeit einen Lust mit dem Publikum gestatten wollen. Uns war es nicht möglich, einer derartigen Vorstellung, wo sich platter Dilettantismus in solcher Weise breit machte und auch zu erst (!) vor den Vorhang treten darf, länger beizuwohnen. Die Kritik, der unser Theater als Kunst- und Bildungsinstitut am Herzen liegt, muss da versammeln.

zu ihrem Interesse geht, dann Gossanna, wenns zum Interesse ihrer ohne Verschulden arbeitslos gewordenen Arbeiter gehen soll, dann krenziget ihn. Zimmer konsequent!

Bei den Freiburger Nationalliberalen

scheint es, wie wir aus einem Artikel der Freiburger „Volkswacht“ entnehmen, stark zu frischen. Zur Parteiloswerdung ihres bisherigen Organs kommt, wie die „Straßb. Post“ mitteilt, das Ausscheiden des Parteisekretärs aus dem nationalliberalen Sekretariat für den 5. badischen Reichstagswahlkreis; er übernimmt die Redaktion einer außerbadischen Zeitung. Der Trigonometrie Frey wird im Vorfeld der Partei durch den Landtagsabgeordneten Götzler ersetzt. Frey ist nach Kastatt verlegt worden, und es ist selbstverständlich, daß für ihn Ersatz geschaffen werden muß. Aber in Freiburg piffen es schon kurz vor den Landtagswahlen die Späßen von den Dächern, daß Frey vielen Nationalliberalen zu weit links stehe und keinesfalls die Mehrheit in der nationalliberalen Kreisorganisation hinter sich habe. So war also schon damals Konfliktstoff vorhanden, und er hat sich jetzt, da der Besitzer der „Freisig. Ztg.“ zwischen sich und der Partei des Lichts geschnitten, noch vermehrt. Die Zentrumspresse quittiert denn auch diese Vorkommnisse bei den Freiburger Nationalliberalen mit unerbittlicher Genugtuung. Die „Freiburger Tagespost“ schreibt:

Man wird aus dem, was über die inneren Wandlungen der nationalliberalen Partei bekannt wird, ebenso auch aus dem Weggang des nationalliberalen Parteisekretärs den Schluß ziehen dürfen, die Vorherrschaft der Nationalliberalen in d. Reichstagswahlkreis ist endgültig dahin, die Zeichen „neuer hegischer nationalliberaler Kraft“ deuten nach abwärts.

Und das alles vier Wochen nach den badischen Landtagswahlen, nach dem kräftigen Vorstoß der konservativ-zentrumslichen Reaktion. Ein mutiges Zurückweichen der Nationalliberalen im Parlament, in der Presse und in der Organisation scheint die einzige Antwort auf das Vordringen des Zentrumsgeistes zu sein. Das ist wahrlich mehr als kläglich!

Der Generalpardon für den Wehrbeitrag

soll nach dem „Bad. Beob.“ eine sehr günstige Folge für die Steuerverwaltung durch Erhöhung der bisherigen Anmelddaten auch zur bad. Vermögenssteuer gehabt haben. Wenn sich dies in erheblichem Maße bestätigt, so wäre es für die Reichs- und Landesfinanzen sehr erfreulich. Das zeigt aber auch, daß die reichen Leute den Steuerkommissär immer zu hintergehen verziehen.

Die Ausbildung des badischen Lokomotivpersonals

Die Bestimmungen über die Zulassung der Lokomotivführer zum Besuch des Ausbildungskurses bei der Hauptwerkstätte sind neu geregelt worden. Voraussetzung zur Zulassung zu der Feigerschule ist, daß der Anwärter mindestens ein halbes Jahr in einer badischen Eisenbahnwerkstätte als Schlosser beschäftigt war und seit mindestens einem Jahr ständig als Lokomotivführer im Bahndienst verwendet ist. Für die Reihenfolge zur Zulassung zu der Schule ist im allgemeinen der Tag des Eintritts in die Werkstätte maßgebend, wenn der Eintritt nach Ableistung des Militärdienstes erfolgt. Reuten, die drei Jahre beim Militär haben dienen müssen, kann unter Umständen ein Teil der Militärdienstzeit auf die Eisenbahndienstzeit angerechnet werden. Im übrigen gilt als Tag des Eintritts frühestens der 1. Oktober desjenigen Jahres, in dem der Bewerber das 22. Lebensjahr vollendet hat.

Im allgemeinen soll durch diese Bestimmungen erreicht werden, daß die Leute nicht zu früh, womöglich erst im 22. Lebensjahr in den Eisenbahndienst eintreten, da es erwünscht ist, daß sie sich zunächst bei Privatfirmen gute praktische Kenntnisse aneignen. Demnach sei noch, daß zur Verwendung im Lokomotivdienst nur Schlosser oder Mechaniker angenommen werden. Maschinenführer haben den Vorzug.

Zur Richtigstellung

Aus Bretten schreibt man uns: Der Artikel im „Volkstribune“ über „Militärische Bundesdemut“ bezügl. der Resolution, die der hiesige Militärverein im Falle Baden gefordert hat und dem Obersten Reuter seine „Anerkennung und Hochachtung“ für sein Verhalten ausdrückt, bedarf hinsichtlich des letzten Absatzes einer Richtigstellung. Dort wurde angeführt, daß der nationalliberale Abg. Dr. Gerber als Gauvorsitzender in dem Militärverein eine große Rolle spielt und anzunehmen sei, daß Herr Dr. Gerber mit diesem Beschluß einverstanden sei. Dem ist nicht so. Derjenige, der die hiesigen Verhältnisse kennt, weiß, daß der Gauvorsitzende und der Militärverein (wie man sagt) spinnend sind und wurde auch kurz vor Weihnachten auf dem Militärvereinsgautag mit überwältigender Stimmenmehrheit der Antrag angenommen, daß beim bad. Militärvereinsverband der Antrag auf Ausschluß des Brettenen Militärvereins gestellt werden soll wegen seiner Seitensprünge, die dieser zum großen Gaubium aller Nichtpatrioten ausführt. Der Abg. Dr. Gerber hat demnach mit der militärischen Bundesdemut nicht das mindeste zu tun.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Januar.

Am Bundestag ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. Aus Anlaß der 200. Sitzung ist der Platz des Präsidenten mit Blumen geschmückt.

Um 1/2 11 Uhr eröffnete Präsident Kaempf die Sitzung und dankte zunächst für die Blumenpende. Gleichzeitig teilte er mit, daß er die Glückwünsche des Reichstags dem Kaiser zu seinem Geburtstag übermittelt habe. Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Inneren fortgesetzt.

Abg. Wiesberts (Zentr.): Die beste Sicherung der Arbeiter besteht in einer möglichst umfangreichen Unfallversicherung. Auch der Arbeitsnachweis muß ausgebaut werden. Die Wohnungsfrage und das Heimarbeitergesetz müssen schleunigst erledigt werden. Die Versicherungspflicht für sämtliche Gastwirtschaften muß baldigst erfolgen. Das Schulalter für Jugendliche und Kinder ist zu erhöhen. In weiten Kreisen des Volkes bis in die Regierungskreise hinein macht sich eine soziale Müdigkeit bemerkbar. Von dieser besteht heute noch eine ungeheure Menge Not und Elend, namentlich in der Heimarbeit. Die abgehenden Industriellen und Techniker sollten eine soziale Schulung erhalten, damit mehr soziales Verständnis in weiten Kreisen des Volkes geweckt wird. Das Streikpostensystem darf nicht beseitigt werden. Die Arbeitgeber müssen sich mit dem Organisationsgedanken abfinden. Wir wollen die Koalitionsfreiheit haben. Unsere Gesetze genügen, um Ausbreitungen zu verhindern. Einen Stillstand gibt es in der Sozialpolitik nicht. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Meine Ausführungen in der vorigen Woche haben im Hause einmütige Zustimmung gefunden. Bei meinen Angaben über die Zunahme der Sparassengut haben bin ich vom Abg. Gothein mißverstanden worden. Der gewerbliche Mittelstand hat an dem Aufschwung leider nicht so teilgenommen, wie die anderen Erwerbszweige. Die Gründe für das Mißverhältnis beim Mittelstand sehen Sie bereits vor dem wirtschaftlichen Aufschwung vorbanden. Der gewerbliche Mittelstand war bedroht von oben durch den Zusammenschluß von Handel und Industrie zu großen Vereinigungen und von unten durch die Arbeiterkraft mit ihren steigenden Forderungen. Ein großer Teil der Nachkommen und Angehörigen des Mittelstandes trat als Arbeiter oder als Meister in die Betriebe der Großindustrie ein und übte dadurch einen ungünstigen Einfluß auf den Fortbestand des Mittelstandes aus. Die alten Organisationen des Mittelstandes hatten sich scheitern überlebt. Wir sind uns wohl bewußt, welche wirtschaftliche und nationale Kraft wir verlieren würden, wenn der Mittelstand ausgerieben würde. Deshalb müssen wir Mittel finden, um dem vorzubeugen. So mußte der Massenartikel von der Herstellung durch den Handwerker ausscheiden. Weiter mußte der Mittelstand wirtschaftlich und technisch geschult werden. Die wichtigste Aufgabe aber war, die alten Handwerkerorganisationen mit neuem Geist zu beleben. Die Förderung des Handwerks in wirtschaftlicher und technischer Beziehung liegt in erster Linie bei den Bundesstaaten. Der große Komplex der Organisationsfragen dagegen liegt dem Reich ob. Das Reich hat schon mehrfach eingegriffen, so bezüglich des Genossenschaftswesens, ferner durch die Ausbildung der Gesellen-Eingelöhnte und den kleinen Beschäftigungsnachweis. Damit sind die Aufgaben erfüllt, die uns von den Freunden des Mittelstandes gestellt worden sind. Die Forderung nach Förderung des Handwerks ist allgemein. Aber bezüglich der Ausführung der Wünsche gehen die Ansichten weit auseinander. Mit Enquete ist nicht viel gefolgt. Mehrere Gesetzentwürfe sollten den Handwerkern dienen, so das Wanderlagergesetz und das Gesetz über die Regelung der Sonntagruhe. Das Verbindungswesen wird gegenwärtig durch eine besondere Kommission bearbeitet. Soffentlich steht diese davon ab, eine gesetzliche Regelung zu fordern. Die bestehenden Organisationen des Handwerks genügen für diesen Zweck nicht. Wir müssen eine Zentralstelle für das Verbindungswesen schaffen. Auf Grund der Klagen des Mittelstandes über heimischen Warenhandel der Beamten ist dieser bereits verboten worden. In gleicher Weise sind wir gegen den unlauteren Wettbewerb, namentlich gegen das Jugabewesen, vorgegangen. Das wichtigste ist das Organisationswesen im Handwerk. Bei der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk handelt es sich darum, eine möglichst breite Grundlage zu finden, um die Großbetriebe, die Modellfabriken, dem Handwerk zu erhalten. Die Aufhebung des § 100a der Gewerbeordnung wird nicht mehr so stürmisch verlangt wie früher. Die verbündeten Regierungen bedauern, daß der gewerbliche Mittelstand nicht in der gewünschten Weise am wirtschaftlichen Aufschwung teilgenommen hat. Hierin Wandel zu schaffen, werden wir stets bemüht bleiben. (Beifall.)

Abg. Wötter (Nat.): Eine Vereinträchtigung der Koalition wünschen wir nicht. Ein Koalitionszwang, der zum Terrorismus führen würde, darf nicht stattfinden. Infolgedessen haben auch die neuen Gewerkschaften ihre Berechtigung. Sie haben ihre Kämpfe durchzuführen, eventuell durch Streik. (Zuruf bei den Soz.): Sie dürfen ja gar nicht streiken! Redner fortsetzend: Da sind Sie (zu den Soz.) gewendet! Schlecht unterrichtet. Von einer Ruhe in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Bezüglich der Handelspolitik müssen Industrie und Landwirtschaft auf dem Boden sein, wenn es doch nötig werden sollte, den Zolltarif beim Abschluß neuer Handelsverträge zu revidieren. Berechtigt ist der Wunsch des Handwerks, bei allen wirtschaftlichen Fragen gehört zu werden. Gegen die Schwindelanstaltungen muß endlich nachdrücklich eingeschritten werden. Das Gesetz zur Sicherung der Kaufverordnungen ist sehr durchzuführen. Die Baumaterialien müssen hinsichtlich der Verwendung der Baugelder kontrolliert werden. Die Hypothekengläubiger bedürfen eines größeren Schutzes. Das Jugabewesen ist scharf zu bekämpfen. (Beifall.)

Ministerialdirektor Caspar: Von einem Stillstand in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Injere Beamtenschaft ist sozialpolitisch geschildert wie keine andere.

Abg. Borchardt (F. Wp.): Das Handwerk hat erkannt, daß es bei dem Kartell der schaffenden Arbeit nichts zu holen hat, da dieses nur ein Ableger des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist. Die Konservativen sollten nicht behaupten, daß sie den Mittelstand schützen wollen. Im Gegenteil wird über Leute, die auch zum Mittelstand gehören, aber nicht konservativ wählen, stets der Boykott verhängt; vielleicht auch über Handwerker, wenn sie nicht mehr zu den ihnen vom Großgrundbesitz zugewandenen Preisen arbeiten. Bei der Enquete über die Lage des Handwerks sollte der Kostenpunkt keine Rolle spielen. Wünschenswert wäre es, wenn das Reichamt die Wünsche des Handwerks etwas schneller berücksichtigen würde. Die Aufhebung des Weckstempels, der den Mittelstand erheblich belastet, muß immer wieder gefordert werden. Weiter bespricht der Redner eingehend Handwerkerfragen. (Vizepräsident Dr. Baasche erhebt den Vorschlag, sich nur über Dinge auszusprechen, die wenigstens einigermaßen im Zusammenhang stehen mit der Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs. (Heiterkeit.) Die Handwerker sollten sich nicht von dem Bund der Handwerker einfangen lassen. Das Handwerk solle sich lieber den bestehenden, gesetzlich anerkannten Organisationen anschließen. (Beifall links.)

Abg. Kurgawski (Kole): Für viele tausende ausländischer Arbeiter gibt es kein Gesetz, das ihre Interessen wahrnimmt. Schon 1911 haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die polnischen Sekretariate zur Vermittlung der Arbeitsstellen haben mit Politik nichts zu tun. Ihre Bestrebungen zur religiösen und sittlichen Erziehung der Ausländer werden aber von dem Ostmarken-Verein durchkreuzt. Die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der polnischen Arbeiter lassen zu wünschen übrig. Auch die Befandlung spottet jeder Beschreibung. Schimpfworte wie „Polnische Schweine!“ sind an der Tagesordnung. (Vizepräsident Baasche bittet den Redner, nicht auf Einzelheiten einzugehen.) Die polnische Sprache ist in Preußen verächtet. Wir verlangen gesetzliche Regelung des Schutzes der ausländischen Arbeiter. Darauf wird die Weiterberatung auf morgen, Donnerstag, 1 Uhr, vertagt. — Schluß 1/2 11 Uhr.

Kommunalpolitik.

Die sogenannte Selbstverwaltung in den Gemeinden.

In der Gemeinde Eichlinghofen bei Dortmund haben unsere Genossen seit Jahren die Mehrheit in der Gemeindevertretung. Sie sind stets auf das Wohl der Gemeinde bedacht und haben auch schon manches erreicht. Sobald es sich aber um Beschlässe handelt, die nach der Landgemeindeordnung der Bestätigung des Landrats oder der Regierung bedürfen, sind sie für die Sache gefast. Die Gemeinde Eichlinghofen bildet mit Barop einen gemeinsamen Schulverband. Die Eichlinghofer Gemeindevertretung setzte am 28. Dezember den Beschluß, in den Schulverband des Gesamtverbandes sowohl wie in die evangelische Schulkommission je zwei Genossen zu entsenden. Die Genossen sind ältere Familienväter, deren Tat sicherlich sehr dienlich gewesen wäre. Der Amtmann leit aber mit, daß kein einziger der gemäßigten Genossen von der Regierung bestatigt

worden ist. Aber auch andere Beschlässe, gegen die der Sozialistenfoller nicht ins Feld geführt werden kann, sind annulliert worden. Die Gemeindevertretung setzte den Beschluß, die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einzuführen. Dieser Beschluß ist gesetzlich begründet, die Steuer gerecht, und unzählige Gemeinden und Städte haben sie eingeführt. Die zur Durchführung notwendige Bestätigung wurde verweigert. Die Gemeindevertretung beschloß die zweckmäßigere Selbstverwaltung. Die Bestätigung wurde verweigert. Die Gemeindevertretung beschloß die steuerliche Freilassung der Einkommen unter 600 M. Wiederum wurde die Bestätigung verweigert. Das ist auf die Gemeinde. Die Bestätigung wurde verweigert. Das ist die herrliche preussische Selbstverwaltung! Das ist die Achtung der Regierung vor dem Willen der vom Volke Gewählten! In den Beschlüssen liegt nichts Staatsstreiches, sie alle sind auf das Wohl der Gemeinde gerichtet. Aber die Regierung verweigert anscheinend jedem Beschluß, der von Sozialdemokraten ausgeht, ihre Zustimmung. Nachher haben es die bürgerlichen Geschäftsmacher und Interessenpolitiker leicht, auf solche Gemeinden zu verweisen: Was hat die sozialdemokratische Mehrheit geleistet? Umsonst ist es notwendig, dieses färende Eingreifen der Regierung aufs schärfste zurückzuweisen.

Die Konkurrenz schlägt sich um Lehr. Eine zwanglose Zusammenkunft von Bürgerauschussmitgliedern aller Fraktionen fand am Montag abend in der Brauerei Jäger statt. Durch die Bemühungen einiger Herren ist es gelungen, nachdem die G.L.G. in Berlin in ihrem allerletzten Wort kategorisch fundiert hatte, was die Stadt von ihr erwarten konnte, bedeutend weitgehende Zugeständnisse von der Rheinischen Schuler-Gesellschaft zu erlangen, die der Stadt größere Vorteile gewähren und es in viel kürzerer Zeit zu leichteren Bedingungen ermöglichen, das Werk völlig zu erwerben. Zunächst wird sich wohl der Stadtrat mit dieser neuen Situation zu befassen haben, nachdem sich auch die oben erwähnte Versammlung fast ausnahmslos für diese neuen Vorschläge ausgesprochen hat. Die sozialdemokratische Fraktion nahm am Dienstag Stellung zu der veränderten Sachlage.

Das Zentrum an der Arbeit. Die Herren vom Zentrum halten sich bei ihren Entschcheidungen über Personalfragen selten an die Grundzüge persönlicher Leistungsfähigkeit. Die Reaktionsgebildetheit ist bei ihnen meist ausschlaggebender Faktor. Katholik muß sein, wer ein Amt von ihnen haben will. Die Stadtverwaltung Wien leistet in dieser Beziehung bekanntlich Hervorragendes. Aber auch bei uns in den deutschen Städten fehlt es nicht an diesbezüglichen Erscheinungen. Im Stadtverordnetenkollegium zu Wiesbaden kam es vorige Woche zu einer Partitiddebatte. Den Anlaß dazu gab ein Artikel des Zentrumsorgans, in dem die vor 14 Tagen erfolgte Wahl des evangelischen Ministerialsekretärs Dr. Heß aus Darmstadt zum Weigeordneten Wiesbadens ein „empörender Akt von Intoleranz“ genannt wurde. Zugleich wurde darin die Behauptung aufgestellt, dem Zentrum sei bei der Wahl des 2. Bürgermeisters Travers das Versprechen gegeben worden, daß das nächste Mal ein Katholik zum Weigeordneten gewählt werde. Nur dieses Versprechen habe die Zentrums-Stadtverordneten (es sind ihrer drei) bewogen, für den Nationalliberalen Travers zu stimmen. Die Falschheit ist „kalt lächelnd und höhnisch“ gebrochen worden. Zunächst darf festgestellt werden, daß die Wahl des Bürgermeisters Travers auch ohne die Zentrumsstimmen gesichert war, daß also kein Mensch ein Interesse daran hatte, um die drei Stimmen des Zentrums zu werben. In der Stadtverordnetenversammlung liegen jetzt die Freisinnigen und Nationalliberalen erklären, daß ihnen von einem Wahlaktomen mit dem Zentrum nichts bekannt ist. Die Zentrumsleute selber erklärten, sie hätten sich nicht durch das in der „Reinischen Volkszeitung“ erwähnte Versprechen für Travers fördern lassen. Den Vorwurf der Intoleranz hielten sie indes aufrecht. Die gesamten Liberalen protestierten entschieden gegen diesen Vorwurf und stellten fest, daß bei der Wahl eines städtischen Beamten stets nur nach der Nützlichkeit und niemals nach der Konfession gefragt werde. Was nützt der Protest? Katholiken müssen eingestellt werden, so will es das Interesse des Zentrums.

Neues vom Tage.

Drachloses Telegramm.

Berlin, 28. Jan. Nach einer Mitteilung der Hochfrequenz-Maschinen-Aktiengesellschaft hat ihr der Kaiser ein an den Präsidenten Wilson gerichtetes Telegramm zur drachlosen Geföhrderung nach Amerika übergeben. Die der Gesellschaft gehörige Station in Elbese bei Hannover hat diese Depesche direkt drachlos weitergegeben und die Empfangsstation Ludwion in Amerika hat den fehlerfreien Eingang bestätigt. Die Entfernung zwischen Aufgabe und Empfangsstation beträgt 6500 Kilometer.

Verhandlung gegen den Grafen Mielzinski.

Berlin, 28. Jan. Graf Mielzinski, der bekanntlich in Berlin auf seinen Weisheitskranz hin unterzucht wurde, ist wieder nach Graz zurückgekehrt. Das Ergebnis der Untersuchung wird streng geheim gehalten. Die Verhandlung gegen den Grafen soll am 23. Februar stattfinden.

Ueberfälle arabischer Räuberbanden.

Dhessa, 28. Jan. Eine vom Dampfer „Agates“ hier eingetroffene Depesche besagt, daß unweit Meffa eine Karawane von bewaffneten Arabern überfallen wurde. 60 Pilger sind getötet worden. Derartige Ueberfälle haben sich in der letzten Zeit mehrfach ereignet, ohne daß die Räuberbande unschädlich machen konnte. Etwa 500 Opfer sollen bisher in das gut organisierte Räubernege geraten sein.

Explosionsunfall.

Nizza, 28. Jan. Heute früh ist auf der im Bau befindlichen Straße Nizza-Guinea im Tunnel durch den Col de Braus eine Mine zu früh explodiert. Dabei wurden drei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt.

Explosion.

Genua, 28. Jan. Heute nachmittag ist zwischen Masane und Mele das dort gelegene Pulvermagazin Krazzi in die Luft geflogen. Die Detonation wurde weithin gehört. Aus Istri, wo die Bevölkerung in große Unruhe geriet, haben sich die Behörden und die Einwohner an den Ort des Unglücks begeben, um Hilfe zu bringen. Die Meldungen sprechen von fünf Toten und mehreren Verletzten. Einzelheiten fehlen noch.

Das heilige Land modernisiert.

Jerusalem, 28. Jan. Unter dem neuen Gesetz über die Vilajets hat das französische Bankhaus Perier eine auf 40 Jahre laufende Konzession erhalten zum Bau einer Trambahn von Jerusalem nach Betlehem, zur Installierung der elektrischen Beleuchtung in der Stadt und zur Einrichtung einer Wasserleitung vom Badi Florah.

Wulkanausbruch in Japan.

Tokio, 28. Jan. Infolge vulkanischer Ausbrüche hat sich in einer Entfernung von acht Kilometern von den Bonininseln eine neue Insel gebildet.

Großes Unglück im Röhrenbau.

Tokio, 27. Jan. Hier sind nach Blättermeldungen in einem japanischen Röhrenbau im ganzen 58 Kinder, 16 Frauen und ein Mann umgekommen; 10 Personen wurden verletzt.

Der Wahlkampf im 7. badischen Reichstagswahlkreis.

Eine verunglückte Zentrumsversammlung.

In Pech fand am Sonntagabend im „Schwert“ eine Versammlung des Zentrums statt, in der Professor Wirth und Reichstagsabgeordneter Pfeiffer sprachen. Herr Landtagsabgeordneter Gauer, der als dritter Korreferent vorgelassen war, mußte seine Rede wieder mit nach Hause nehmen, da die nach dem zweiten Redner erfolgte Diskussion die Zeit etwas mehr in Anspruch nahm, als den Herren aus dem schwarzen Lager offenbar lieb war. In der Diskussion ergriff nämlich zur Überraschung der Herren unser Kandidat, Genosse Geiler, das Wort, der bereits zuvor drei Versammlungen abgehalten hatte. In einfündiger Rede zerpflückte er den geschichtlichen Tatsachen entsprechend unbarmherzig die volksfeindliche Politik der zentrumslichen „Volkspartei“ im deutschen Reichstag. Am unangenehmsten war wohl den Herren Zentrumsmitgliedern, daß Genosse Geiler seine Anklagen auf dem Gebiete der Finanzen, Militärs, Steuer- und Sozialpolitik mit Material stützen konnte, das hervorragende Zentrumsführer selbst geliefert haben. Mehrere Male gaben die Herren am zentrumslichen Vorstandstische, an dem sich ein ganzer „Generalstab“ aufgepflanzt hatte, ihrem Unwillen über die vernichtenden Anklagen durch mehr oder weniger plumpe Zwischenrufe Ausdruck. Die zusammengetrommelten Schläfen sekundierten natürlich eifrig. Und wenn die Herren nicht mit der Tatsache hätten rechnen müssen, daß der größere Teil der Versammlungsbesucher des dicht besetzten Saales nichts mit dem Zentrum zu tun hat, würden sie wohl gemäß alter zentrumslicher Tradition den Genossen Geiler schon in der ersten halben Stunde niedergeschrien haben. So aber ging es nicht. Bitter! Die vernichtende Kritik des Genossen Geiler an der zentrumslichen Reichspolitik wurde von der Mehrzahl der Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die „Schläfen“ dagegen zitterten hörbar und bissen die Zähne zusammen und der zentrumsliche Kandidat Professor Wirth übernahm die Erwiderung im Schlusswort. Und seine Ausführungen bestätigten das Urteil, das wir bisher über die politische Qualifikation dieses Zentrumspolitikers gefällt haben. Phrasen und nur Phrasen, die mit dem bei solchen Politikern gewohnten Pathos vorgetragen wurden. Herr Wirth fand nicht den Mut, sachlich auch nur in einem einzigen Punkte auf den Kern der Anklagen des Genossen Geiler einzugehen. Seine Ausführungen über die militärischen Aufstellungen glichen der Rede irgend eines Kriegervereinsvorsitzenden. Das letzte Mißlingsgeschick verfuhr der Herr Professor mit den Argumenten des Herrn v. Bethmann-Hollweg zu begründen, indem er auf die „Veränderungen am Balkan“ hinwies. Ueber die zentrumsliche Reichssteuerpolitik schwieg er sich erst recht aus. Die politischen Fähigkeiten des Herrn Wirth finden offenbar ihre Grenze an äußerlich schon klingenden, aber inhaltlich leeren Phrasen. Die gewählten Stichwörter des Herrn Zentrumsprofessors ließen in ungeliebtem Verhältnis zu seinem politischen Wissen und Können. Aber, halt! Eines brachte er fertig, das wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten möchten. Mit Stenografie stellte er die Behauptung auf, die Sozialdemokraten hätten durch ihre „Hehe“ wegen der Brantweinlieferungsangelegenheit die „Interessen der Kleinrentner“ gefährdet. Und als Genosse Geiler durch einen Zwischenruf diese Behauptung als eine Lüge bezeichnete, fand der Herr Zentrumsprofessor den traurigen Mut, dem Genossen Geiler gegenüber den Ausdruck „Lassuberei“ wegen dieser zurechtweisenden Kennzeichnung zu gebrauchen. Eine noble Kampfesweise! Aber sie bewegt sich ganz im Rahmen der „Offenburger Zeitung“. Daß Herr Wirth nach dieser Glanzleistung noch den Mut fand, von einer „unabhängigen“ Kampfesweise der Sozialdemokratie und ihres Kandidaten zu sprechen, darf als Beweis dafür gelten, wie es um der politischen Moral der schwarzen Regiererei bestellt ist. Selbstverständlich haben die getreuen Schläfen Herrn Wirth, der zum Schluß Schiller zitierte — aber nicht aus seinem „Zell“ — pflichtschuldigst frenetischen Beifall geklatscht. Und in der „Offenburger Zeitung“ kann man lesen, daß das Ergebnis der Versammlung einen „großartigen Erfolg“ für die Zentrumsfrage und eine „vernichtende Niederlage“ der Sozialdemokratie und ihres Kandidaten bedeute. Wir gönnen den schwarzen Herrschaften dieses billige Vergnügen natürlich gerne.

Die „Offenburger Zeitung“

befaßt sich auch mit unserem vor acht Tagen herausgegebenen Flugblatt. Was sie dagegen vorbringt, ist so matt wie Almatade und nichts wie ein Verlegenheitsgestammel. Sie ruft aus: Was haben die 110 sozialdemokratischen Abgeordneten schon im Reichstage Positives geleistet? Man muß allerdings sagen: Nicht viel, weil eben die bürgerlichen Parteien mit dem heuchlerischen Zentrum die Anträge derselben zusammen niederknieteten. Will das Zentrum wirklich von der Sozialdemokratie Positives geleistet sehen, so darf es nur mit der Sozialdemokratie zusammengehen. Aber es hilft lieber die Geschäfte der Großrentner und Kapitalisten besorgen. Auch hier schüttet die „Offenb. Ztg.“ ihren Glabbaader Jitanad, was ein Geiz, Kautschuk usw. in Bezug auf den Mittelstand, Handwerker und Bauernstand gesagt, wieder aus. Zitate, die eben aus dem Zusammenhang herausgerissen, ein falsches Bild geben, um dann Zentrumsgeheule zu machen. Wie stark auch in diesem Falle der Zentrumsheulelei ist, möge folgender Hinweis zeigen: Unter der Redaktion der sozialpolitischen Leuchte des Zentrums, des Professors Hise, erscheint im Verlag der Zentralstelle des katholischen Volksvereins zu R. Glabbaach die Monatschrift „Soziale Kultur“. Am Dezemberheft 1907 dieses Zentrumsorgans besprach Georg Neumann die vorläufigen Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung in Preußen. Bei dieser Gelegenheit sagte der Verfasser auf S. 84:

„Aber die Zurückdrängung der Klein- und Mittelbetriebe durch die Groß- und Fabrikbetriebe hat in vielen Branchen sehr zugenommen. Ob man das nun, wie es zu geschehen pflegt, bedauern soll, ist doch noch die Frage. Nur dann kann man hierauf eine objektive Antwort geben, wenn man vorzugsweise das Wohl der Gesamtheit, nicht das des einzelnen ins Auge faßt. Wird wirklich billiger und mindestens ebenso gut vom Großbetrieb produziert wie vom Kleinbetrieb, so mag dieser schlafen gehen.“

So lautet ein wissenschaftliches Urteil aus dem Munde eines angesehenen Zentrumsmannes. Was sagen dazu die Mittelhandwerker von der schwarzen Union, Warenhaus, Marienhaus usw. in Offenburg? Aber halt, Bauer, das ist etwas anderes.

Noch ein weiteres Zitat:

„Durch die kleinen Zentrumsblättern des Kreises Kempen ging vor einigen Wochen ein Artikel (so in Rhein und Maas“ in Lobberich, Niederrhein, Tageblatt“ in Kempen), in dem der Großstadtzentrums- presse merkwürdige Dinge gesagt werden. So heißt es in dem Artikel u. a.:

„Es klingt geradezu wie Bohn, wenn die Großstadtpresse (des Zentrums) in ihren Spalten lange Artikel veröffentlicht, in welchen mit großen Worten die Notwendigkeit eines gewerblichen Mittelstandes nachgewiesen wird, während zu gleicher Zeit ihre Anstaltsure die Existenz der Lohnblätter durch Abfangen von Abonnenten zu untergraben suchen.“

Möge uns das Zentrum „die Offenb. Zeitung“ mit ihren mittelhandwerkerlichen Phrasen vom Halte bleiben, wenn

man im eigenen Lager denselben zu vernichten sucht. Auf das übrige Gefasel, das auch die „Rechtzeitung“ abklatzt, einzugehen, erübrigt sich.

Was bleibt der Arbeiter? Wenn man die Reden der Zentrumsagitatoren anhört und die Berichte der „Offenb. Ztg.“ liest, die überall und bei jeder Gelegenheit sich als Mittelstandsbretter und Schlingel der Angestellten und Beamten aufspielen, so ist man gezwungen, zu fragen: Was bleibt der Arbeiter? Wir geben da mit dem Zentrumsarbeiter, der in der geheimen Versammlung von Eisenbahnern, wo der jetzige Zentrumsabgeordnete Gauer mit seinem Bögeling Ruffard die Eisenbahnangelegenheiten in der „Neuen Woz“ einleitete, was er alles im Falle einer Wahl für sie tun werde, aus dem Hintergrunde tief: Was bleibt die Arbeiter? So wie bei der Landtagswahl die Zentrumsredner nur Worte für die Beamten und Mittelstand hatten, für dieselben einzutreten, so auch wieder bei der Reichstagswahl.

Nach dem nationalen Flugblatt ist aber der Lohnarbeiterstand der bedeutungsvollste unter den schaffenden Ständen. Es heißt darin: Neue und gewaltige Aufgaben harren ihrer Lösung. Wir erinnern nur an die Sicherstellung des Koalitionsrechts gegen schamacherische Angriffe, an die Forderung der Lebensmittelfürsorge und Lebensmittelleistung, an Wohnungsfrage und Arbeitslosenfürsorge. Und das glauben die christlich-nationalen Arbeiter mit dem Zentrumsstimmgel zu erreichen, wo sich doch das Zentrum bis jetzt bei jeder prinzipiellen Besserstellung der Arbeiter um die Ecke drückt und die Teuerung der Lebensmittel, die Wohnungsnot herausbeschwört halb und Gagner der Arbeitslosenfürsorge ist. Geht den Zentrumsarbeitern noch kein Schimmer auf, daß das Zentrum ihre Interessen immer mit Füßen getreten hat und ihre Interessen trotz aller christlichen Verleumdung nur die Sozialdemokratie vertritt? Seht doch, die kapitalistische Wirtschaftsweise, die vom Zentrum als „göttliche“ hinstellt wird, wo hundertaufende von Arbeitslosen schon wochen- und monatelang in den Städten und auf der Landstraße liegen, an! So könnt ihr unmöglich für eine Partei stimmen, die nur um eure Stimmen buhlt, aber eure Interessen nicht beachtet. Geht am 3. Februar den sozialdemokratischen Zettel ab!

Helf was helfen mag. Das ist die ultima ratio des Zentrums im jetzigen Wahlkampf. Da die Professorenprüfung nicht mehr vermögen, die „gute Sache“ des Zentrums zu verteidigen, muß jetzt die Mühselig-Glabbaader Dreihögelwalze in Funktion treten. Wo man mit dem ehrlichen Kampfe von Zentrumsseite nicht mehr auskommt, die Gegner zu bekämpfen, tritt nun die Verlogenheit und Verleumdung von Reuten, die sich nicht genug als wahre Christen brüsten können, in Aktion. Auch die christlich-nationale Arbeiterpartei verbreitet ein Flugblatt, um den schwarzen Kurs zu steigern. Mit dem Flugblatt bringen sie den erlauteten Beweis, daß sie nur die Geschäfte des Zentrums besorgen. Aber mit dem Wisch werden die Christen, die den Arbeiterberrat schon hundemal ausüben, seine Geschäfte machen. Das Flugblatt sucht künstlich einen Kontrast zwischen Führer und Arbeiter heraufzubeschwören, um dadurch Mißtrauen unter die Arbeiterpartei zu werfen, was aber den schwarzen Jubeln nicht gelingen dürfte. Die Macher des christlich-nationalen Flugblattes mögen beherzigen, was der Kaplan Oberdörfer in Heft 4, 1893 der Kölner Korrespondenz für die geistlichen Leiter katholischer Arbeitervereinigungen schrieb:

„Wer da glaubt, mit Schimpfen und Lügen gegen die Sozialdemokratie etwas zu erreichen, läuft sich gewaltig. Das Volk fühlt sich geschädigt in seinen materiellen Interessen, es sieht die Gesehe der christlichen Gerechtigkeit und Liebe mit Füßen getreten, es fühlt unter einer Last, die fast unerträglich geworden ist. ... Da ist es denn nur allzu geneigt, denen ein williges Ohr zu leihen, die entschieden für seine Rechte eintreten und Hilfe und jeden Preis. ... Die Sozialisten gehen dem arbeitenden Volke, daß sie seine Notlage kennen und beurteilen rücksichtslos unsere bestürzenden sozialen Verhältnisse. Das ist stets das beste Mittel, sich die Sympathie eines Bedrängten zu erwerben, wenn man ihm zeigt, daß man Verständnis hat für seine Lage und die Ursache seiner Leiden verahndet. ... Die Sozialisten helfen, wo und so viel sie können. Es ist geradezu bewundernswürdig, welche Opfer an Zeit, an Mühe, an Geld die sozialistischen Führer durchgängig bringen.“

Dagegen sehe man zu, was alles in dem schwarzen „christlichen“ Flugblatt enthalten ist. Aber was sagte Dr. Sigl: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Frings.“ Die christlich-nationale Arbeiterpartei ist der Haus- und Hofsteifnecht des Zentrums — und Genseknecht der freigeorganisierten Arbeiterpartei. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit haben die Christen als Schutztruppe des Unternehmens die freigeorganisierte Arbeiterpartei verraten und verkauft. Und eine solche Verräterpartei legt sich noch den Namen „christlich“ bei. Herr vergiß ihn!

Sozialdemokratische Versammlungen.

Am vergangenem Sonntag fanden wieder eine Reihe gut besuchter sozialdemokratischer Wahlversammlungen statt, die eine prächtige Stimmung der Wähler verzeichneten. Unser Kandidat Gen. Geiler sprach am Sonntag vormittag in Verghaupten, nachmittags in Leutesheim und abends in Auenheim. Alle drei Versammlungen waren sehr gut besucht. Die Ausführungen unseres Kandidaten wurden ohne Diskussion mit lebhafter und ungeteilter Zustimmung aufgenommen. Der gute Besuch und die gute Stimmung in der Versammlung in Verghaupten sind umso erfreulicher, als bekanntlich infolge des Eingehens einer Fabrik gegen 80 Arbeiter gezwungen waren, den heimatischen Boden zu verlassen, um jumeist in Marlenbach (N. O.) Arbeit und Brot zu suchen. In Leutesheim fand am Nachmittag zuerst eine liberale Versammlung statt, in der Herr Kammerstenograph Frey-Karlsruhe sprach. Selten hatte man Gelegenheit, feichteres politisches Geschwätz zu hören, als in dieser Versammlung. Es ist wahrhaftig ein politischer Jammer, daß ein liberaler Redner nicht fähig und willens ist, der politischen Auffklärung ein höheres Niveau zu geben. Die zahlreich in der Versammlung anwesenden Wähler schienen übrigens zum großen Teile das „politische“ Referat des Herrn Frey richtig eingeschätzt zu haben. Die sozialdemokratische Versammlung, die erst nach Schluß der liberalen beginnen konnte, war zum guten Teil auch von den Wählern besucht, die die geistige Kost des liberalen Redners genossen haben. Sie haben den Unterschied kennen gelernt. Und wir zweifeln nicht daran, daß die Wählerpartei von Leutesheim in Auenheim am Wahltage ihre Pflicht in schriftlichem Sinne erfüllen werden.

Aus dem Lande.

Durlach.

Die öffentliche Volksversammlung am Mittwoch abend hätte besser besucht sein dürfen. Gen. Wötter-Mannheim hielt ein groß angelegtes Referat über „Die Erhaltung und Erweiterung des Koalitionsrechts“. Seine Ausführungen bewegten sich im allgemeinen in dem Rahmen des Referats, das er am vorletzten Sonntag im Kolosseumsale in Karlsruhe hielt und wörtlich im „Volkstfreund“ vom 20. Januar ausführlich berichtet wurde. Die in jener Versammlung angenommene Resolution wurde auch hier vorgeschlagen und fand einstimmige Annahme.

Der letzte Frauenleseabend hatte wiederum einen guten Besuch aufzuweisen. Genossin Raviol las einen Vortrag von Dr. Johannes Müller mit Verständnis und Geschick vor. Das Thema „Schöpferische Entfaltung und Arbeit an sich selbst“ führte die Frauen über manche Fragen auf. Sehr interessant war die anschließende Diskussion, in der die Frauen ihre Ansichten über die angeschnittenen Fragen ausprägten. Zu wünschen ist nur, daß alle Genossen ihre Frauen in die Lesende laden möchten.

Baden-Baden.

Gewerkschaftskartell Baden-Baden und Umgebung. Jeden Montag abend von 7 bis 8 Uhr Sprechstunde im „Prattwurghölle“, Steinstraße 7, zu unentgeltlicher Auskunftserteilung an jedermann. — Auskünfte werden erteilt in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, über Arbeiterlohn-, Vereins- und Versammlungsrecht, Staatsbürgerrecht, in Wiedersachen und allen sonstigen Streitigkeiten aus dem Gebiete des bürgerlichen Rechts. — Soweit erforderlich, werden auch die schriftlichen Arbeiten erledigt und in Streitigkeiten aus dem Gebiete der Arbeiterversicherung auch die persönliche Vertretung übernommen.

Beim Robeln zog sich im Reiterwald eine Roblerin einen komplizierten Oberschenkelbruch, eine weitere Dame eine starke Verletzung, ein Herr eine Halsverletzung und Verstauchung des rechten Armes zu. Auch in Hauenerstein ist ein Mädchen, dem beim Robeln ein Pfahl in den Rücken drang, schwer verunglückt.

Offenburg.

Wahlarbeit! Freitag abend 8 Uhr im „Anker“ Felsen der Flugblätter und Kweritieren. Genossen! Beteiligt euch volkshäßig, bringt auch eure Frauen mit. Je mehr Genossen sich zur Verfügung stellen, desto schneller ist die Arbeit erledigt. Diejenigen Genossen, welche sich noch am Wahltage zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich sofort bei Gen. P. S. a. b. e. r. z. Gerberstraße 3, anzumelden.

Wählerversammlung. Sonntag, 1. Februar, abends 8 Uhr, findet in der „Mühlhalle“ eine Wählerversammlung statt. Genosse Reichstagsabgeordneter Dr. Franz-Mannheim (sowie der Kandidat Gen. Geiler) werden sprechen. Genossen, agitiert für einen Massenbesuch, der Schlussspruch muß ein wuchtiger werden!

Achern, 28. Jan. In der Stuhlfabrik von Franz Schmitt ereignete sich gestern ein bedauerlicher Unglücksfall. Der 43 Jahre alte ledige Stuhlmacher Albert Dohs erlitt durch das Wackern rad erhebliche Quetschungen, die ernster Natur sein sollen.

Zu dem Großfeuer in Riefen.

Die durch Großfeuer fast gänzlich zerstörte Papierfabrik in Riefen besteht seit dem Jahre 1820 und beschäftigt etwa 130 Beamte und Arbeiter. Der Betrieb ist, wie schon berichtet, stillgelegt und an eine Wiederaufnahme der Arbeit ist, auch wenn die Neubauten noch so stark beschleunigt werden, vor sechs bis sieben Monaten nicht zu denken. Die Papierfabrik, die seit Jahren für ihre feinen Druckpapiere einen wohlverdienten Ruf genießt, ist seit bald 90 Jahren im Besitz der Familie Bohnenberger.

In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch erlöste in Riefen abermals Feuerlärm. Es brannte wieder in der Papierfabrik von Bohnenberger u. Kons. und zwar in den dortigen noch vom Feuer verschont gebliebenen Gebäuden. Während am Montag früh das Hauptgebäude links des Werkanals niedergebrannt war, brannte es jetzt rechts des Werkanals in dem Turbinenhaus. Die Flammen vernichteten das Turbinenhaus mit den drei darin enthaltenen Maschinen, sowie das angebaut Wasserreservoir. Mit Mühe gelang es, das Wohnhaus des Fabrikleiters zu erhalten. Als einzige Ueberbleibsel der großen Fabrik stehen jetzt nur die Wohngebäude des Inhabers, der Beamten und des Aufsehers, sowie die Streicherei und ein Kuchengebäude. Der durch den neuen Brand entstandene Schaden wird auf 40 bis 50 000 Mk. geschätzt. Die Nachforschung nach der Ursache der großen Brände in Riefen haben nach dem „Riesheimer Anzeiger“ bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Bei dem am Montag abend auf dem Riefener Marktplatz vorgenommenen Verhör einiger verdächtiger Italiener kam nichts heraus, denn die Italiener konnten ihr Mibi nachweisen

Aus der Stadt.

Karlruhe, 29. Januar.

Parteiversammlung.

In der Parteiverammlung die gestern abend in der Gewerkschaftszentrale stattfand, gab Gen. Krüger den Kasfenbericht vom 3. Quartal 1913/14. Gen. Krüger betonte, daß der Kasfenbestand als ein guter bezeichnet werden muß. Es konnten zu den bereits bei der städtischen Sparkasse angelegten Gelder bei der Abrechnung weitere 142,31 Mk. als Vortrag auf das 4. Quartal gebucht werden. Der Mitgliederstand hat sich zwar infolge der Abreise von 42 Genossen nur um 7 gehoben, dürfte aber, da im neuen Quartal schon 60 Neuaufnahmen zu verzeichnen sind, wenn jeder Genosse seine Pflicht tut, beim Schluß des 4. Quartals die Zahl 1800 erreicht haben. Die Erledigung des 2. Punktes der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Rüdert über: „Die deutschen Aktiengesellschaften“, wurde auf die nächste Versammlung verschoben. d.

Frauensektion.

Auf die heute abend 1/9 Uhr im „Girich“ (Gardtstraße) stattfindende Frauenversammlung sei nochmals hingewiesen. Genosse Grubbe wird die hervorragendsten Werke des nordischen Dichters Ibsen behandeln. Im Hinblick auf dieses interessante Thema wird von Seiten der Genossinnen und Genossen ein zahlreicher Besuch erwartet.

Jugendausflug.

Auf den zweiten Vortrag des Herrn Erb, heute abend im oberen Nebenzimmer zum „Girich“ in Mühlburg, sowie auf den Samstagabend (Einüben von Liebern) im Nebenzimmer der „Nacht am Rhein“ seien die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nochmals aufmerksam gemacht.

Selbstmordversuch. Ein hier in der Malenstraße wohnhafter Student versuchte sich gestern nachmittags in seiner Wohnung mittels Benzins zu vergiften. Er wurde von seinem Vermieter in bewußtlosem Zustande aufgefunden und mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Veranstaltungen.

Serrenstiftung der Badenia. Zu einer fidelem Serrenstiftung ruft der Elferat der Karnevals-gesellschaft Badenia seine Getreuen auf Samstag, 31. Januar, abends 9 Uhr, in den Saal

Sozial-
militär-
die
Dieser
unabhängig-
zur
die Ver-
Die Verwal-
wertre-
unter
Die Gemein-
Das ist
Aktion
den! In
auf
verlag
ausgefi-
schäft-
den? In
der Re-
wangelose
Frak-
er hat-
n, nach-
steigend
nie, be-
einfließen
ere Vor-
nen Be-
Zunächst
zu be-
ammlung
gen hat.
Stellung
Zentrum
sellen
die Re-
e Faktor.
ill. Die
stänzlich
Städten
Stad-
lam es
dazu gab
e vor 14
Jahre
wens ein
Dugleich
in sei
den ge-
geord-
entrums-
National-
lächelnd
stellt wer-
ohne die
ein An-
trums zu
die Frei-
um einem
kannt ist.
nicht durch
erprehen
ist hellen
rien ent-
bei der
schützig-
de. Was
rden, so
Häufigkeit
den Prä-
den Beför-
gehörige
zeit drach-
in Ame-
ntfernung
Kilometer.
antlich in
e, ist wie
terforschung
den Gra-
Hier ein-
Kardomane
iger sind
der letzten
bände un-
er in das
efindlichen
braus eine
ter getödet
n Masane
in die Luft
us Weir, in
sich die
s gegeben,
ünf Toten
über die
40 Jahre
naben von
elektrischen
er Wasser-
hat sich in
inseln eine
n in einem
rauen und
gt.

der alten Brauerei Kammerer zusammen. Eine Abteilung der Artilleriekapelle Nr. 50 hat den musikalischen Teil übernommen. Da ein außerordentliches Programm aufgestellt ist, sowie die gesamten Bühnendekor (Baden-Württemberg usw.) ihr Erscheinen zugesagt haben, dürfte auch diese Sitzung wieder eine besonders anziehende Kraft ausüben und allen Teilnehmern genussreiche Stunden in Aussicht stellen.

Ueber vorgeburtliche Erziehung, ein Weg zur Beseitigung der Massen, wird heute abend halb 9 Uhr im Eintrachtsaal in einem volkstümlichen Vortragsabend Frau Vera Pillius sprechen. Jeder Mann, jede Frau, auch jugendliche erwachsene Personen beiderlei Geschlechts, besonders aber werdende Mütter, sollten diesen wichtigen Ausführungen beiwohnen.

Frauenbildung — Frauenstudium. Wir machen nochmals auf den heute abend halb 6 Uhr im Singaal der Pflanzschule, Sofientstr. 14, stattfindenden Vortrag über „Beizzeug und Spitzen“ von Herrn Dr. Bier aufmerksam.

Letzte Nachrichten.

Die Forderungen der christlichen Tabakarbeiter.

Heidelberg, 28. Jan. Nachdem der Zigarrenarbeiterverband in seiner am 23. Oktober v. J. stattgehabten Generalversammlung die Eingabe des christlichen Tabakarbeiterverbandes um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit dem Hinweis auf den schlechten Geschäftsgang und ungenügender Rentabilität abgelehnt hat, beschloß eine Bezirkskonferenz des christlichen Tabakarbeiterverbandes, diese Antwort zu erwidern und neue Vorschläge zu machen. Dieses ist auch geschehen, und es wurde vorgeschlagen, die Lohnfrage zurückzustellen und vorerst nur über die allgemeinen Forderungen, wie Einführung von Arbeiterausschüssen, Anhörung derselben bei Feststellung der Löhne, Ausschließen der Lohnstabellen usw. zu verhandeln. Der Zigarrenfabrikantenverband hat nun auch die neuere Eingabe abgelehnt. In seinem Schreiben, das am 21. Januar bei der Bezirksleitung einlief, wird mitgeteilt, daß kein Grund vorliege, von dem am 23. Oktober gefaßten Beschluß abzuweichen.

Württemberg und die Kabinettsordre von 1820.

Stuttgart, 28. Jan. Auf die kürzlich im Landtag von der Volkspartei und dem Zentrum eingebrachte Anfrage bezüglich des Einschreitens von Militär bei inneren Unruhen hat die Regierung schriftlich geantwortet, daß in Württemberg ein Eingreifen des Militärs nur nach ergangener Aufforderung durch die Zivilbehörde erfolgen kann. Die württembergische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Kabinettsordre von 1820 in Württemberg durch die Militärkonvention nicht zur Einführung gelangt ist. Schon im Jahre 1893 ist eine Anweisung in diesem Sinne an die Zivilbehörden und ebenso auch an das 13. württembergische Armeekorps ausgegeben worden.

Abdankung der elsass-lothringischen Regierung.

Strasbourg, 28. Jan. In der heutigen Kommissions-sitzung des Landtages gab auf eine Anfrage des Abg. Sauf Staatssekretär Frhr. Born v. Sulach die Erklärung ab, die Gesamtregierung von Elsaß-Lothringen habe die Konsequenzen aus den Zaberner Vorfällen gezogen. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen worden.

Vom elsass-lothringischen Landtag.

Strasbourg, (Elsas), 29. Jan. In der gestrigen Budgetkommissionssitzung der 2. Kammer, in der der Staats-

sekretär Born v. Sulach die bereits mitgeteilte Erklärung betreffend die angebotene Demission der Gesamtregierung abgab, wurden der „Straßb. Post“ zufolge beim Etat des Statthalters die Repräsentationskosten des Statthalters gemäß dem vorjährigen Beschluß auf 100 000 Mk. (Etatpost 200 000 Mk.) festgelegt. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Dispositionsfonds zu streichen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso bei dem Etat der Finanzverwaltung der analoge Antrag auf Streichung des Kaiserlichen Gnadenfonds. Nur zwei Zentrumsvertreter stimmten für die Streichung mit.

Der Streit um die christlichen Gewerkschaften.

Berlin, 28. Jan. Der neu entbrannte Streit um die christlichen Gewerkschaften hat den Geh. Justizrat Dr. Borck in Breslau veranlaßt, sein Amt als fürstbischöflicher Konfistorialrat niederzulegen. Dr. Borck hatte im Winter 1912 von Fürstbischof Kardinal Dr. Kopp ein Schreiben erhalten, das im Sinne der ausgleichenden Tendenz gehalten war, mit der die Freunde der christlichen Gewerkschaften die durch die päpstliche Enghelstia entstandenen Schwierigkeiten zu überwinden suchten. Da Kardinal von Kopp jetzt in dem Schreiben an den Grafen von Oppersdorf diese Tendenz unter Berufung auf autoritätsfeindliche Neußerungen christlicher Gewerkschaftsführer ausdrücklich mißbilligt, gilt jene Bemühung als endgültig gescheitert. Zur Niederlegung seines bischöflichen Amtes mag Geheimrat Dr. Borck sich um deswillen bewegen gefühlt haben, weil er stets zu den lebhaftesten Befürwortern einer Verständigung zwischen den katholischen Fachvereinigungen und den christlichen Gewerkschaften gehört hat.

Das 99. Inf.-Regiment.

Berlin, 28. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Sittart (Str.) hat an den Reichskanzler folgende Anfrage gerichtet: Infolge der Vorgänge in Zabern ist das 99. Infanterie-Regiment aus seiner Garnison in die Baracken von Hagenu-Bitsch verlegt worden. Diese Verlegung wird, zumal sie in einen so harten Winter fällt, als eine schwere Strafe empfunden und zwar nicht nur von den Beteiligten, sondern von dem Volk und in erster Linie von den Angehörigen derjenigen Offiziere und Mannschaften des 99. Infanterie-Regiments, welche keinen Anlaß zu der Verlegung des Regiments gegeben haben. Ich richte an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob und wie lang die bitter empfundene Befragung des ganzen Regiments ausgedehnt werden soll, bzw. wann das Regiment wieder seiner früheren oder einer anderen Garnison überwiesen werden wird.

Kohlenrägerstreik.

London, 28. Jan. Der Streik der Kohlentransportarbeiter ist beendet. Eine große Anzahl von Arbeitern hat die Arbeit wieder aufgenommen und fortgesetzt kehren zahlreiche Arbeiter an die Arbeit zurück. Der Präsident des Syndikates erklärte, daß die Arbeiter darum die Arbeit wieder aufgenommen haben, damit die Arbeitgeber auf ihre Forderungen eingehen. Einige Arbeitgeber haben heute Lohnerhöhungen bewilligt.

Zur Lage in Mexiko.

Mexiko, 28. Jan. Eine Verschwörung gegen Huerta, an deren Spitze General Gonzales und Oberst Bilo stehen, ist aufgedeckt worden. Die Polizei verhaftete 42 Teilnehmer an der Verschwörung, unter ihnen 22 Deputierte. Sie

wurden teils ausgewiesen, teils erschossen. Man stellte fest, daß sie im Monat Februar einen Staatsstreich versuchen wollten. In Veracruz wurden in Verbindung mit der Verschwörung ebenfalls mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Neuwahlen für die bulgarische Sobranje.

Sofia, 28. Jan. Gestern ist ein königlicher Ukas erschienen, der den Termin der Neuwahlen für die Sobranje auf den 8. März festsetzt. Die Neuwahlen werden auch für Neu-Bulgarien durchgeführt werden, das 41 Deputierte zu stellen hat.

Aufstand auf Haiti.

New-York, 28. Jan. Wie aus Port au Prince gemeldet wird, ist der Präsident von Haiti mit seiner Gemahlin an Bord des deutschen Kreuzers „Vineta“ geflüchtet. In der Stadt Haiti hat ein erbitterter Kampf begonnen. Deutsche und amerikanische Matrosen sind ans Land gesetzt worden.

Port au Prince, 28. Jan. Bewaffnete Abteilungen amerikanischer Matrosen bewachen die amerikanische Gesandtschaft, das Telegraphenamt und das städtische Krankenhaus. Deutsche Matrosen sind vor den übrigen Gesandtschaften und vor den deutschen Geschäften auf Posten gezogen. Gestern hörte man in allen Stadtteilen fortgesetzt Gewehrfeuer. In der Nacht wurden verschiedentlich Raubversuche unternommen, die jedoch sämtlich unterdrückt werden konnten. Heute herrscht Ruhe.

Deportation der Arbeiterführer.

Kapstadt, 28. Jan. Ueber die gestrige Deportation der zehn Arbeiterführer wird das strengste Stillschweigen gewahrt. In Transvaal und Natal verhinderte die Zensur, daß etwas davon in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Die zehn zur Deportation verurteilten Arbeiterführer kamen von Transvaal her um Mitternacht in Durban an und wurden unter starker Bedeckung in einen Sonderzug gebracht, der direkt bis zur Einschiffstelle ging. Dort wurden sie schnell auf einen Dampfer übergeführt, der sofort in See ging. Bis jetzt ist der Vorgang in Südafrika noch völlig unbekannt.

London, 28. Jan. Unter den 10 Arbeiterführern, die auf Veranlassung der Regierung der südafrikanischen Union deportiert wurden, befindet sich der Präsident und der Generalsekretär des Arbeiterverbandes und der Sekretär des Verbandes der Eisenbahner. Unter starker Eskorte wurden sie von Transvaal nach Natal gebracht und gestern Abend auf einem Dampfer eingeschifft, der heute Morgen die Fahrt nach England antrat. Die Reise dauert ungefähr einen Monat, obwohl der Dampfer unterwegs keinen Hafen anläuft. Die Deportation geschieht unter dem Kriegsvorrecht.

Briefkasten der Redaktion.

A. L. Oststabi. Die elsässische Landesfarbe war bis jetzt rot-weiß.

Brechten. Senden Sie Ihre Liquidation ein. Selbstredend bekommen Sie Ihre Vergütung.

H. St. in D. Im Jahre 1900 hatte das Deutsche Reich 4553 Millionen Mark Schulden, die inzwischen wohl auf 5 Milliarden angewachsen sein dürften. Die Zinsen kann sich jeder selbst ausrechnen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kober; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Gebrüder Scharff

Frisch eingetroffen:

Schellfische

mittelgroße per Pfd. 34 S
kleine zum Braten per Pfd. 24 S

Süßbücklinge

feinste schwedische per Stück 8 S

Süßrahm-Margarine

Marke „Süssbä“ per Pfd. 90 S
Qual. II „ „ 80 „
Qual. III „ „ 68 „
Zu Qualität I und II Gutscheine.

Pflanzenfett

(bekannt vorzügliche Qualität)

gelb, lose p. Pfd. 60 S
weiss in Tafeln p. Pfd. 68 S

6947

Montag

den 2. Februar beginnt die größte
Veranstaltung des Jahres, unsere

Weißer Woche

Wir bitten um gefl. Beachtung des dem-
nächst erscheinenden 4seitig. Inserates.

Her- **TIETZ** Karlsruhe.



Voranzeige!

Beginn der Rabatt-Spar-Tage

Weisse Woche

Montag den 2. Februar

Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe.

Die Bekanntgabe der beteiligten Firmen folgt.

0046



Dürrobt:

Bosnische Zwetschen

Pfund **25, 32**
und **36** Pfg.

extra großtückige Frucht
Pfd. **45 u. 50** S.

Zwetschen
entsteinte
Pfund **55** Pfg.

Plochina-Zwetschen
— in Paketen —
Paket **40 u. 50** S.

Dampfpäpfel
Pfund **60** Pfg.

Birnschnitze
Pfd. **25** Pfg.

Californische Pfirsiche und Birnen 6829
Pfd. **70** Pfg.

Aprikosen
Pfund **90** Pfg.
und **Mk. 1.20**

Kranzfeigen
Pfd. **28 u. 30** Pfg.

Mischobst
— Ia. Mischungen —
Pfd. **30 u. 40** S.
feinstes ohne Stein Pfd. **60** S.



Das Herz bleibt gesund,

wenn Sie statt Bohnenkaffee Quieta-Kaffee-Ersatz verwenden. Sein Wohlgeschmack befriedigt auch den Feinschmecker, er ist koffeinfrei, schadet deshalb nicht den Nerven und raubt nicht den Schlaf. Er ist billig, denn 20 Tassen kosten nur 10 Pfg. In Hotels und Pensionen im täglichen Gebrauch. Pfund-Paket 70 Pfg. in Kolonialwarenhandlungen und Drogerien.

Die Quietapräparate enthalten die wichtigsten Nährsalze, Kalk, Eisen, Phosphor, in löslicher, leicht assimilierbarer Form. Sie sind ärztlich warm empfohlen. Man hüte sich vor minderwertigen Fabrikaten, die keine oder nicht die richtigen Nährsalze enthalten. Man fordere stets ausdrücklich die gesetzlich geschützte Marke Quieta. Wo nicht echt erhältlich, werden Bezugsquellen nachgewiesen von den Quietawerken Bad Dürkheim.

Schwächliche blühen auf,

schwache Nerven werden stark, der Appetit wird gesteigert durch kurzen Gebrauch von Quieta-Malz. Es ist wohlschmeckend und bequem zu nehmen. Der Erfolg ist überraschend. Bei Mageren werden Gewichtszunahme und gefällige Formen rasch erzielt. Hebt körperliche und geistige Leistungsfähigkeit. Dosen zu Mk. 1.— und 1.80 in Apotheken und Drogerien.

Leopold Kölsch

Karlsruhe — Kaiserstrasse 211
Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige 6913

Inventur-Räumungsverkauf

beginnt

Montag, 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!

Städt. Festhalle Karlsruhe

(Grosser Saal).

Mittwoch, den 4. Februar 1914, abends 8 1/2 Uhr:

9. Volkstümliches

Symphonie-Konzert

(II. Saison).

Ausgeführt von der verstärkten Kapelle des I. Bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109.
Dirigent: Musikmeister Bernhagen.

Solistin: Fräulein **Lulise Beck**, Karlsruhe (Klavier) 6881

Vortragsordnung:

(Beginn 8 1/2 Uhr. — Ende gegen 10 1/2 Uhr).

I. Teil.

1. Eine Fest-Ouverture R. Wagner.
2. Symphonie G-moll Friedr. Gernsheim.
Allegro moderato. Larghetto.
Scherzo. Finale.

II. Teil.

3. Konzert A-moll Grieg
Allegro moderato. Adagio.
Allegro marcato.
4. „Moldau“, Symphon. Dichtung Friedr. Smetana.

Stadtpark-Jahreskarten, Kartenhefte und Konzert-Abonnements haben in diesem Falle keine Gültigkeit.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf bei den Musikalienhandlungen **Fritz Müller**, Kaiser-Passage 2, Ecke Kaiser- u. Wald-Strasse, Telefon 1988 (Plätze in der westlichen Hälfte der Halle), und **Franz Tafel**, Kaiser-Strasse 82a, Telefon 1647, (Plätze in der östlichen Hälfte der Halle) sowie im **Kiosk des Verkehrs-Vereins** beim Hotel Germania, Telefon 600 (ein Teil der nichtnumerierten Plätze) **numerierter Platz (Saal und untere Galerie I. Abteilung, Balkon I. Reihe) 80 Pfg., nichtnumerierter Platz 40 Pfg., an der Abendkasse 1 Mk. und 50 Pfg.**

Ausführliches Programm mit Erläuterungen zu 10 Pfg. an den Saaleingängen.

An **Zugängen** werden — um 8 Uhr — geöffnet (zum Saal und der oberen Galerie) die Eingänge in den beiden Anbauten rechts und links der Festhalle.

Während der Vorträge bleiben die Saaltüren geschlossen.

Nach dem ersten Teil findet eine grössere Pause statt.

Rauchen nicht gestattet.

Arbeitsvergebung.

Für die Um- u. Erweiterungsarbeiten der städt. Straßenbahn sollen die nachstehenden Arbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden:

Schreinerarbeiten u. Schlosserarbeiten

Die Zeichnungen und Bedingungen können beim städt. Hochbauamt, Karls-Friedrichstr. Nr. 3, Eingang Bahringersstrasse, 2. St., Zimmer Nr. 171, eingesehen bezw. abgeholt werden.

Die Angebote sind bis **Mittwoch, 11. Februar d. J., vormittags 11 Uhr**, dem Schluss der Ausschreibung, daselbst einzureichen. 6908

Karlsruhe, den 28. Jan. 1914

Städt. Hochbauamt.

Damenrad mit Freilauf und Rücktrittsbremse billig an verl. Luitpoldstr. 24 p.

In 3 Tagen Ziehung

der 6952

Badener Geld-Lotterie

Loose à 1.—, 11 St. 10.— Mk., solange Vorrat; nächste Woche **Stuttgarter**, à 2.—, 5 St. 14.—, dann folgen **Karlsruher Luft, Säuglings, Einsheimer, Donaueislinger** zu 1.— resp. 1.20 Mk. per Stück, bei mehr billiger. Weitere Sorten im Verkauf bei

Carl Göb,
Gebeistr. 11/15, 5. Rathaus.

Ueberzieher

(wenig getragen) von **M. A.** — an

Anzüge (wenig getragen) von **M. A.** — an

neue Ulster

zu jedem annehmbarem Gebot, einz. Hosen, Westen, Joppen sehr billig. 6954

Gelegenheits-Kaufhaus
Werderstrasse 55.

Große, helle Werkstätte

mit Nebenzimmer, auch für Tagelöhne geeignet, sofort od. später zu vermieten bei **Karl Rieb**, Karlsruhe 20. 6934

Stichige Obstweine

zu kaufen gesucht. Offerten unter **Chiffre 6788** an die Exped. d. Bl. erbeten.



Seigwaren

Bruch-Maccaroni

Pfd. **28** Pfg.

Maccaroni offen
dicke Pfd. **30** Pfg.
dünne Pfd. **36** Pfg.

Maccaroni
in 1/2 u. 1/4 Paketen
Pfund **40, 45**
und **55** Pfg.

Eierstifte **65** Pfg.
Marte3 Gloden
Pfund **76** S.

Gemüse-Nudeln
offen Pfd. von **32** Pfg. an

Hausmacher
— nur in Paketen —
1/2 Pfd. Paket **40** Pfg.

Feinste Eier-Hausmacher
in 1/2 u. 1/4 Paketen
Pfund **45, 55**
und **65** Pfg.

3 Glocken-Nudeln
Pfund **76** Pfg.

Gemüse-Maccaroni 6822
(Muscheln)
Pfund **32** Pfg.



Ein ganz wenig getr., schwarzes **Konfirmationskleid** billig zu verkaufen bei **verl. Rudolfstr. 25, 8. St. L.**

Weißer Woche

beginnt Samstag, den 31. Januar.

Die lehrfährige Weiße Woche stand im Zeichen „Japan“ und hat nicht allein durch das eigenartige Arrangement, sondern wesentlich durch die Fülle, Güte u. Preiswürdigkeit der ausgelegten Waren überrascht. Die Firma wird in diesem Jahre noch mehr bieten.

Das „Merkzeichen“ wird in diesem Jahre „Aegypten“ sein.

Es ist die Herkunft der feinsten und edelsten Baumwollfasern, der „Macobaumwolle“, dieses Gespinnst übertrifft an Reinheit und Feinheit alle übrigen Sorten Baumwolle, sowohl die indischen als auch die amerikanischen. Die Firma hat große Quantitäten edelster Maco-Gewebe sehr günstig eingekauft; auch in allen übrigen Weißwaren sind die Läger mit den preiswertesten Waren, die zu finden waren, ausgestattet. Günstige Einkäufe, in Verbindung mit niederster Kalkulation ergeben eine nicht zu übertreffende Leistungsfähigkeit und diese wird sich in **außerordentlich billigen Preisen** ausdrücken. Jeder Käufer hat die Pflicht gegen sich selbst, objektiv zu prüfen, wo er am besten und preiswertesten einkauft. Bei dieser Prüfung ist vor allen Dingen meine Firma zu berücksichtigen, dies liegt im Interesse des Käufers.

6940

Hugo Landauer

Mode- u. Husiteuerhaus
Kaiserstr. (Ecke Lammstr.).

Pfannkuch & Co.
Frische 6948
Holländer
Angel-Schellfische
Große, 1-2 pfündig
Pfund **35** Pfg.
Bratfische
Pfund **25** Pfg.
Cablian
Pfund **25** Pfg.
im **28** Pfg. Ausschitt
Stockfische
Pfund **23** Pfg.
Als bester Butterersatz empfehlich
Esbu
(Margarine)
Pfund **95** Pfg.
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
den bekanntesten Verkaufsstellen

Großes Preiskegeln
im Gasthaus „Zähringer Löwen“, Adlerstr.
6 wertvolle Preise
darunter 1 Diwan, 1 Fahrrad usw.
Eine Kugel 10 Pfg.
Für Spieler, welche gewonnen sind zu werfen, beste Aussicht, da bereits fertig.
Freunde und Gönner sind hierzu freundlichst eingeladen.
Kaninchenzüchterverein Förderung E. V.
Karlsruhe. 6942

Nussfett, Reformbutter,
Fleischersatz, Schrotmehl,
Hafergrütze, Hafergries,
Nährsalzkafee, Kräutertee
Naturreis, Bananenkakao,
und vieles andere empfiehlt
Reformhaus Kadner
Durlach, Amalienstr. 25.
Verlangen Sie Preisliste! 6802

Maskenkostüme Orientalin und Italienerin, sind preisw. zu verkaufen. Akademiestr. 55, Stb., 1. Etz.
Saubere pol. Bettstelle m. Rost und Matrage 18 Mk., besserer Plüschdivan u. Vertikob, 4 Stühle. Adlerstr. 17, 1. Treppenhoch. 6801

Sozialdem. Partei Offenburg.
Am Sonntag, 1. Februar, abends punkt 8 Uhr, in der „Mischelhalle“
Volks- u. Wählerversammlung
Tagesordnung:
„Die Reichstags-Nachwahl und ihre Bedeutung für das werktätige Volk.“
Referent: Reichs- und Landtagsabg. Dr. L. Frank-Rannheim.
Zu zahlreichem Besuch der Wähler, auch der Frauen, ladet freundlichst ein 6988
Das sozialdem. Wahlkomitee.

Städt. Seefischmarkt
Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städt. Bierordbad am Donnerstag nachmittag von 3 $\frac{1}{2}$ bis 7 Uhr, und Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.
Zufuhr über 100 Zentner; billige Preise.
Filialmärkte: Durch den Verkäufer Zitz.
Weststadt: In dem Hof des Eichamtes, Sofienstraße 96/98, am Donnerstag vormittag von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.
Oststadt: In der Georg-Friedrichstraße am Freitag vormittag von 8 bis 11 Uhr.
Stadtteil Mühlburg: Ecke Rhein- und Vogesenstraße am Donnerstag nachmittag von 1 $\frac{1}{2}$ bis 5 Uhr.
Karlsruhe, den 28. Januar 1914. 6949
Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Durlach.
Alkoholfreies Café-Restaurant
L. Meier, Lammstrasse 10.
6549

Kellnerin, jung, tüchtig, sucht Stelle für ständig oder Aushilfe. Zu erfragen bei König, Luisenstraße 52, S. 11.
Kinderliegwagen gut erhalten, billig zu verkaufen. Hlbrandstraße 21, 4. Etz.

Fleisch-Verkauf
Samstag den 31. Januar von 7 bis 1 Uhr verlaufe ich Ruitstr. 20 prima Qualität **Wurstfleisch** (eigene Wurstung) à Pfund 70 Pfennig.
Wilhelm Neck,
Wollereibesitzer. 6941

WENN SIE
zur Reise Ihre Vorbereitungen treffen vergessen Sie Waden-Abrollen nicht vor Hülften Heilerzeit kalarrig sind Sie dann geschützt. Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien Preis der Originalschachtel 1 Mk.

Lager sämtlicher Sorten **Ober- u. Sohlenrindleder-Abfälle** per Paar von 60 S. aufwärts. 6800
sowie Rahmen und Flecke bei **Eugen Klemm**
Durlach, Pfingststraße 90.
Haltestelle neue Bahnhofsbüchse.
Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 8971
Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 35.
Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmachereierk. 8970
Fran Streckfuß Durlacherstraße 23.